Europäisches Parlament
2024-2029

Haushaltskontrollausschuss

2025/2150(DEC)

30.1.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 112

Entwurf eines Berichts
Pasquale Tridico
(PE778.061v01-00)

Entlastung 2024: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Auswärtiger Dienst
(2025/2150(DEC))

Änderungsantrag 1
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Erwägung H a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ha. in der Erwägung, dass die Wirksamkeit und Kosteneffizienz des auswärtigen Handelns der Europäischen Union von der engen Koordinierung mit den diplomatischen Einrichtungen und Netzen der Mitgliedstaaten abhängen, insbesondere in Drittländern, in denen sowohl der EAD als auch die Mitgliedstaaten eine ständige Vertretung haben, um Doppelstrukturen und -ausgaben zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 2
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. stellt fest, dass der Haushalt des EAD unter die MFR-Rubrik 7 „Europäische öffentliche Verwaltung“ fällt, die sich 2024 auf insgesamt 13,3 Mrd. EUR belief (6,9 % des Gesamthaushalts der Union); stellt fest, dass der vom EAD verwaltete Haushalt in Höhe von rund ***1 293*** Mrd. EUR etwa 9,54 % der gesamten Verwaltungsausgaben der Union im Jahr 2024 ausmacht;	1. stellt fest, dass der Haushalt des EAD unter die MFR-Rubrik 7 „Europäische öffentliche Verwaltung“ fällt, die sich 2024 auf insgesamt 13,3 Mrd. EUR belief (6,9 % des Gesamthaushalts der Union); stellt fest, dass der vom EAD verwaltete Haushalt in Höhe von rund ***1 239*** Mrd. EUR etwa 9,54 % der gesamten Verwaltungsausgaben der Union im Jahr 2024 ausmacht;

Or. en

Änderungsantrag 3
Ondřej Knotek, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. weist darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger der Union nach wie vor unter einer zunehmenden Steuerlast zu leiden haben; betont daher, dass die Organe und Einrichtungen der Union ein Höchstmaß an Haushaltsdisziplin und -effizienz an den Tag legen müssen; fordert den EAD auf, der Kostenkontrolle Vorrang einzuräumen, ein unnötiges Anschwellen der Bürokratie zu vermeiden und sicherzustellen, dass jede Erhöhung der Verwaltungsausgaben einen klaren Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt;

Or. en

Änderungsantrag 4
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. stellt fest, dass die Vollzugsquote für die Mittel für Verpflichtungen des laufenden Jahres (nach Mittelübertragungen) 2024 bei 100 % lag, während die Vollzugsquote bei den Mitteln für Zahlungen bei 88,4 % lag gegenüber 91,9 % im Jahr 2023; stellt fest, dass die durchschnittliche Zahlungsfrist 13,43 Tage betrug, dass jedoch 10,69 % der im Jahr 2024 insgesamt getätigten Zahlungen (entsprechend einem Gesamtbetrag von 57 357 324,68 EUR) verspätete Zahlungen darstellten, was im Jahr 2024 zu Verzugszinsen in Höhe von 37 862,61 EUR führte; fordert den EAD	6. stellt fest, dass die Vollzugsquote für die Mittel für Verpflichtungen des laufenden Jahres (nach Mittelübertragungen) 2024 bei 100 % lag, während die Vollzugsquote bei den Mitteln für Zahlungen bei 88,4 % lag gegenüber 91,9 % im Jahr 2023; stellt fest, dass die durchschnittliche Zahlungsfrist 13,43 Tage betrug, dass jedoch 10,69 % der im Jahr 2024 insgesamt getätigten Zahlungen (entsprechend einem Gesamtbetrag von 57 357 324,68 EUR) verspätete Zahlungen darstellten, was im Jahr 2024 zu Verzugszinsen in Höhe von 37 862,61 EUR führte; fordert den EAD

auf, seine Anstrengungen zur Erhöhung des Anteils elektronischer Zahlungen und zur Digitalisierung der Arbeitsabläufe fortzusetzen, insbesondere im Hinblick auf elektronische Rechnungen in den Delegationen der Union;	auf, seine Anstrengungen zur Erhöhung des Anteils elektronischer Zahlungen und zur Digitalisierung der Arbeitsabläufe fortzusetzen, insbesondere im Hinblick auf elektronische Rechnungen in den Delegationen der Union; ***fordert den EAD auf, jährliche Ziele zur Verringerung von Zahlungsverzug und Verzugszinsen festzulegen und die Arbeitsabläufe im Bereich der elektronischen Rechnungsstellung und der elektronischen Auftragsvergabe in allen Delegationen durchgängig zu standardisieren;***

Or. en

Änderungsantrag 5
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. bringt seine tiefe Besorgnis über die zunehmende Schuldenlast und die steigenden Fremdkapitalkosten der EU zum Ausdruck; stellt fest, dass dem Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofs zufolge die ausstehenden Darlehen der EU bis 2027 einen Betrag von über 900 Mrd. EUR erreichen könnten, was fast dem Zehnfachen des Betrags von 2020 vor der Einführung des Aufbaupakets NextGenerationEU entspricht; weist warnend darauf hin, dass steigende Kreditkosten ein Risiko für künftige Haushalte darstellen und den haushaltspolitischen Spielraum für neue Prioritäten verringern; besteht daher darauf, dass angesichts dieses beispiellosen haushaltspolitischen Drucks rigoros nach Einsparungsmöglichkeiten im Verwaltungshaushalt des EAD gesucht werden muss; fordert den EAD auf, einen Plan zur strukturellen Kostensenkung vorzulegen, um in Zeiten einer hohen

Verschuldung der öffentlichen Hand institutionelle Verantwortung zu zeigen;

Or. en

Änderungsantrag 6
José Cepeda, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. stellt fest, dass der EAD im Jahr 2024 bei der Ausführung seines Haushaltsplans mit mehreren Herausforderungen konfrontiert war, die sich aus den erheblichen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, dem Inflationsdruck, ungünstigen Wechselkursentwicklungen sowie der Obergrenze von 2 % für nicht die Dienstbezüge betreffende Ausgaben ergaben, was zu einem Defizit von 33 Mio. EUR bei den Delegationen der Union führte; stellt fest, dass der EAD diese Herausforderungen durch eine Mischung aus strategischen Einsparungen und Umschichtungen/Haushaltsübertragungen angegangen ist; stellt fest, dass Kürzungen vor allem die Haushaltsmittel für Dienstreisen und Empfänge, Infrastruktur und Sicherheit betrafen; erkennt an, dass alle Organe der Union ihre Haushaltsführung verbessern müssen, indem sie auch die Preisvolatilität, insbesondere im Energiesektor, beim Abschluss von Verträgen mit Dienstleistern berücksichtigen;	8. stellt fest, dass der EAD im Jahr 2024 bei der Ausführung seines Haushaltsplans mit mehreren Herausforderungen konfrontiert war, die sich aus den erheblichen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, dem Inflationsdruck, ungünstigen Wechselkursentwicklungen sowie der Obergrenze von 2 % für nicht die Dienstbezüge betreffende Ausgaben ergaben, was zu einem Defizit von 33 Mio. EUR bei den Delegationen der Union führte; stellt ***mit Zufriedenheit*** fest, dass der EAD diese Herausforderungen durch eine Mischung aus strategischen Einsparungen und Umschichtungen/Haushaltsübertragungen angegangen ist; stellt fest, dass Kürzungen vor allem die Haushaltsmittel für Dienstreisen und Empfänge, Infrastruktur und Sicherheit betrafen; ***ist besorgt darüber, dass sich Haushaltszwänge auf die Sorgfaltspflicht des EAD gegenüber seinem Personal auswirken können, insbesondere in Bezug auf die Instandhaltung der Infrastruktur und die Sicherheitsstandards in den Delegationen; begrüßt das Paket von Korrekturmaßnahmen, bekräftigt jedoch seine Forderung nach einem Haushalt, der mit den Bedürfnissen und Zielen des EAD im Einklang steht;*** erkennt an, dass alle Organe der Union ihre Haushaltsführung verbessern müssen, indem sie auch die Preisvolatilität,

	insbesondere im Energiesektor, beim Abschluss von Verträgen mit Dienstleistern berücksichtigen;

Or. en

Änderungsantrag 7
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. stellt fest, dass der EAD im Jahr 2024 bei der Ausführung seines Haushaltsplans mit mehreren Herausforderungen konfrontiert war, die sich aus den erheblichen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, dem Inflationsdruck, ungünstigen Wechselkursentwicklungen sowie der Obergrenze von 2 % für nicht die Dienstbezüge betreffende Ausgaben ergaben, was zu einem Defizit von 33 Mio. EUR bei den Delegationen der Union führte; stellt fest, dass der EAD diese Herausforderungen durch eine Mischung aus strategischen Einsparungen und Umschichtungen/Haushaltsübertragungen angegangen ist; stellt fest, dass Kürzungen vor allem die Haushaltsmittel für Dienstreisen und Empfänge, Infrastruktur und Sicherheit betrafen; erkennt an, dass alle Organe der Union ihre Haushaltsführung verbessern müssen, indem sie auch die Preisvolatilität, insbesondere im Energiesektor, beim Abschluss von Verträgen mit Dienstleistern berücksichtigen;	8. stellt fest, dass der EAD im Jahr 2024 bei der Ausführung seines Haushaltsplans mit mehreren Herausforderungen konfrontiert war, die sich aus den erheblichen Auswirkungen des ***rechtswidrigen*** russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, dem Inflationsdruck, ungünstigen Wechselkursentwicklungen sowie der Obergrenze von 2 % für nicht die Dienstbezüge betreffende Ausgaben ergaben, was zu einem Defizit von 33 Mio. EUR bei den Delegationen der Union führte***, wodurch die operative Kapazität der Delegationen der Union erheblich eingeschränkt wurde***; stellt fest, dass der EAD diese Herausforderungen durch eine Mischung aus strategischen Einsparungen und Umschichtungen/Haushaltsübertragungen angegangen ist; stellt fest, dass Kürzungen vor allem die Haushaltsmittel für Dienstreisen und Empfänge, Infrastruktur und Sicherheit betrafen; erkennt an, dass alle Organe der Union ihre Haushaltsführung verbessern müssen, indem sie auch die Preisvolatilität, insbesondere im Energiesektor, beim Abschluss von Verträgen mit Dienstleistern berücksichtigen;

Or. en

Änderungsantrag 8
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. stellt anhand der Anhörung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Sitzung des Haushaltskontrollausschusses (CONT) des Parlaments vom 17. November 2025 (die „Anhörung“) fest, dass der EAD in den letzten Jahren mit erheblichen haushaltspolitischen Beschränkungen konfrontiert war, während dem Organ zugleich ein zunehmend umfassendes Mandat übertragen wurde und für das Netz von 145 Delegationen erhöhte Kosten und Bedarfe angefallen sind; nimmt die Auffassung des EAD zur Kenntnis, dass ein Missverhältnis zwischen Aufgaben und verfügbaren Ressourcen besteht, das eine erhebliche Herausforderung für die Fähigkeit des EAD darstellt, seine Ziele vollständig zu erreichen und die außen- und sicherheitspolitische Agenda der Union wirksam zu unterstützen;	9. stellt anhand der Anhörung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Sitzung des Haushaltskontrollausschusses (CONT) des Parlaments vom 17. November 2025 (die „Anhörung“) fest, dass der EAD in den letzten Jahren mit erheblichen haushaltspolitischen Beschränkungen konfrontiert war, während dem Organ zugleich ein zunehmend umfassendes Mandat übertragen wurde und für das Netz von 145 Delegationen erhöhte Kosten und Bedarfe angefallen sind; nimmt die Auffassung des EAD zur Kenntnis, dass ein Missverhältnis zwischen Aufgaben und verfügbaren Ressourcen besteht, das eine erhebliche Herausforderung für die Fähigkeit des EAD darstellt, seine Ziele vollständig zu erreichen und die außen- und sicherheitspolitische Agenda der Union wirksam zu unterstützen; ***fordert den EAD auf, seine strategischen Ambitionen stärker an den verfügbaren Finanzmitteln auszurichten und dabei Maßnahmen Vorrang einzuräumen, die einen eindeutigen Mehrwert für die Union und ihre Bürgerinnen und Bürger bieten, und gleichzeitig Tätigkeiten und Projekte zu vermeiden, die die Wirksamkeit und das Wohlergehen der Beschäftigten untergraben könnten;***

Or. en

Änderungsantrag 9
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. stellt anhand der Anhörung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Sitzung des Haushaltskontrollausschusses (CONT) des Parlaments vom 17. November 2025 (die „Anhörung“) fest, dass der EAD in den letzten Jahren mit erheblichen haushaltspolitischen Beschränkungen konfrontiert war, während dem Organ zugleich ein zunehmend umfassendes Mandat übertragen wurde und für das Netz von 145 Delegationen erhöhte Kosten und Bedarfe angefallen sind; nimmt die Auffassung des EAD zur Kenntnis, dass ein Missverhältnis zwischen Aufgaben und verfügbaren Ressourcen besteht, das eine erhebliche Herausforderung für die Fähigkeit des EAD darstellt, seine Ziele vollständig zu erreichen und die außen- und sicherheitspolitische Agenda der Union wirksam zu unterstützen;	9. stellt anhand der Anhörung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Sitzung des Haushaltskontrollausschusses (CONT) des Parlaments vom 17. November 2025 (die „Anhörung“) fest, dass der EAD in den letzten Jahren mit erheblichen haushaltspolitischen Beschränkungen konfrontiert war, während dem Organ zugleich ein zunehmend umfassendes Mandat übertragen wurde und für das Netz von 145 Delegationen erhöhte Kosten und Bedarfe angefallen sind; nimmt die Auffassung des EAD zur Kenntnis, dass ein Missverhältnis zwischen Aufgaben und verfügbaren Ressourcen besteht, das eine erhebliche Herausforderung für die Fähigkeit des EAD darstellt, seine Ziele vollständig zu erreichen und die außen- und sicherheitspolitische Agenda der Union wirksam zu unterstützen; ***fordert den EAD auf, den Personalmangel in den EU-Delegationen, insbesondere an Standorten mit komplexen sicherheits- und geopolitischen Herausforderungen, dringend zu beheben sowie Transparenz und Rechenschaftspflicht bei Einstellungsverfahren zu verbessern;***
	Or. en

Änderungsantrag 10
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. stellt anhand der Anhörung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Sitzung des Haushaltskontrollausschusses (CONT) des Parlaments vom 17. November 2025 (die „Anhörung“) fest, dass der EAD in den letzten Jahren mit	9. stellt anhand der Anhörung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Sitzung des Haushaltskontrollausschusses (CONT) des Parlaments vom 17. November 2025 (die „Anhörung“) fest, dass der EAD in den letzten Jahren mit

erheblichen haushaltspolitischen Beschränkungen konfrontiert war, während dem Organ zugleich ein zunehmend umfassendes Mandat übertragen wurde und für das Netz von 145 Delegationen erhöhte Kosten und Bedarfe angefallen sind; nimmt die Auffassung des EAD zur Kenntnis, dass ein Missverhältnis zwischen Aufgaben und verfügbaren Ressourcen besteht, das eine erhebliche Herausforderung für die Fähigkeit des EAD darstellt, seine Ziele vollständig zu erreichen und die außen- und sicherheitspolitische Agenda der Union wirksam zu unterstützen;	erheblichen haushaltspolitischen Beschränkungen konfrontiert war, während dem Organ zugleich ein zunehmend umfassendes Mandat übertragen wurde und für das Netz von 145 Delegationen erhöhte Kosten und Bedarfe angefallen sind; nimmt die Auffassung des EAD zur Kenntnis, dass ein Missverhältnis zwischen Aufgaben und verfügbaren Ressourcen besteht, das eine erhebliche Herausforderung für die Fähigkeit des EAD darstellt, seine Ziele vollständig zu erreichen und die außen- und sicherheitspolitische Agenda der Union wirksam zu unterstützen***, was die Glaubwürdigkeit der Union als globaler Akteur untergräbt***;

Or. en

Änderungsantrag 11
José Cepeda, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. stellt anhand der Anhörung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Sitzung des Haushaltskontrollausschusses (CONT) des Parlaments vom 17. November 2025 (die „Anhörung“) fest, dass der EAD in den letzten Jahren mit erheblichen haushaltspolitischen Beschränkungen konfrontiert war, während dem Organ zugleich ein zunehmend umfassendes Mandat übertragen wurde und für das Netz von 145 Delegationen erhöhte Kosten und Bedarfe angefallen sind; ***nimmt*** die Auffassung des EAD ***zur Kenntnis***, dass ein Missverhältnis zwischen Aufgaben und verfügbaren Ressourcen besteht, das eine erhebliche Herausforderung für die Fähigkeit des EAD darstellt, seine Ziele vollständig zu erreichen und die außen- und sicherheitspolitische Agenda der Union	9. stellt anhand der Anhörung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Sitzung des Haushaltskontrollausschusses (CONT) des Parlaments vom 17. November 2025 (die „Anhörung“) fest, dass der EAD in den letzten Jahren mit erheblichen haushaltspolitischen Beschränkungen konfrontiert war, während dem Organ zugleich ein zunehmend umfassendes Mandat übertragen wurde und für das Netz von 145 Delegationen erhöhte Kosten und Bedarfe angefallen sind; ***teilt*** die Auffassung des EAD, dass ein Missverhältnis zwischen Aufgaben und verfügbaren Ressourcen besteht, das eine erhebliche Herausforderung für die Fähigkeit des EAD darstellt, seine Ziele vollständig zu erreichen und die außen- und sicherheitspolitische Agenda der

wirksam zu unterstützen;	Union wirksam zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 12
José Cepeda, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. hebt hervor, dass die Außenpolitik der Union aufgrund der derzeitigen internationalen Lage zu einem der vorrangigen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, der Mitgliedstaaten sowie der Organe und Einrichtungen der EU geworden ist; hebt die zentrale Rolle hervor, die der EAD und seine Delegationen bei der Durchführung der Außenpolitik der Union und bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland spielen; betont den Stellenwert des EAD für die 25 bis 30 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger, die außerhalb der EU leben; bedauert, dass die Unterfinanzierung des EAD nicht strukturell angegangen wird und im Rahmen des jährlichen EU-Haushalts behandelt werden muss; ist besorgt über die negativen Folgen für den EAD und für die Leistungsfähigkeit der Außenpolitik der Union in den Beziehungen zu Drittländern, insbesondere im globalen Süden, in einer Zeit rascher geopolitischer Veränderungen;

Or. en

Änderungsantrag 13
Dick Erixon

Entschließungsantrag

Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. fordert den Europäischen Rechnungshof auf, eine umfassende Wirtschaftlichkeitsprüfung beim EAD durchzuführen, um die Effizienz seiner Tätigkeiten im Vergleich zu den diplomatischen Diensten der OECD-Länder zu bewerten; fordert, dass im Rahmen dieser Prüfung Bereiche ermittelt werden, in denen der EAD einen einzigartigen, unersetzlichen Mehrwert bietet, und Bereiche, in denen sich seine Tätigkeiten mit denen der Mitgliedstaaten überschneiden; fordert den EAD gleichzeitig auf, eine Kosten-Nutzen-Analyse seines globalen Netzwerks durchzuführen und den Delegationen in Ländern, die eindeutig zu den unmittelbaren Interessen der EU – beispielsweise in den Bereichen wirtschaftlicher Wohlstand, Energieversorgungssicherheit, Grenzschutz und Verhinderung irregulärer Migrationsströme – beitragen, Vorrang einzuräumen; besteht darauf, dass klare, messbare Leistungsindikatoren festgelegt werden, um aufzuzeigen, welchen „Gegenwert" die Unionsbürgerinnen und -bürger für ihr Geld erhalten, und fordert, dass der EAD alle Aktivitäten oder Dienstreisen einstellt, die bei diesen Bewertungen als ineffizient oder überflüssig eingestuft werden;

Or. en

Änderungsantrag 14
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. stellt ferner fest, dass Investitionen in Immobilien- und IT-Projekte verschoben und die Zahl der Praktikanten im Jahr 2024 reduziert wurden; nimmt die Auffassung des EAD zur Kenntnis, dass diese Einschränkungen letztlich Auswirkungen auf die globale Präsenz der Union und die Sicherheit des Personals haben könnten; erwartet, dass die dem EAD im Haushaltsplan 2025 zusätzlich zugewiesenen 10 Mio. EUR dazu beitragen werden, die Ausführung des Haushaltsplans des EAD im Hinblick auf die Erreichung seiner Ziele zu verbessern und Situationen zu vermeiden, in denen die Fürsorgepflicht des EAD gegenüber dem in den Delegationen der Union eingesetzten Personal beeinträchtigt würde;	10. stellt ferner fest, dass Investitionen in Immobilien- und IT-Projekte verschoben und die Zahl der Praktikanten im Jahr 2024 reduziert wurden; nimmt die Auffassung des EAD zur Kenntnis, dass diese Einschränkungen letztlich Auswirkungen auf die globale Präsenz der Union und die Sicherheit des Personals haben könnten; erwartet, dass die dem EAD im Haushaltsplan 2025 zusätzlich zugewiesenen 10 Mio. EUR dazu beitragen werden, die Ausführung des Haushaltsplans des EAD im Hinblick auf die Erreichung seiner Ziele zu verbessern und Situationen zu vermeiden, in denen die Fürsorgepflicht des EAD gegenüber dem in den Delegationen der Union eingesetzten Personal beeinträchtigt würde; ***fordert den EAD auf, eine nach Prioritäten geordnete Investitionspipeline für kritische Infrastrukturen in den Bereichen IT, Cybersicherheit und Sorgfaltspflicht vorzulegen, einschließlich einer Kosten-Nutzen-Analyse und der erwarteten operativen Auswirkungen, um wiederholte Verzögerungen zu vermeiden, die die Effizienz und die Sicherheit des Personals beeinträchtigen;***

Or. en

Änderungsantrag 15
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. stellt ferner fest, dass Investitionen in Immobilien- und IT-Projekte verschoben und die Zahl der Praktikanten im Jahr 2024 reduziert wurden; ***nimmt die Auffassung*** des EAD ***zur Kenntnis, dass diese Einschränkungen letztlich Auswirkungen***	10. stellt ferner fest, dass Investitionen in Immobilien- und IT-Projekte verschoben und die Zahl der Praktikanten im Jahr 2024 reduziert wurden; ***weist warnend darauf hin, dass die Sorgfaltspflicht*** des EAD ***durch eine weitere Verschiebung von***

auf die globale Präsenz der Union und die Sicherheit des Personals ***haben könnten***; erwartet, dass die dem EAD im Haushaltsplan 2025 zusätzlich zugewiesenen 10 Mio. EUR dazu beitragen werden, die Ausführung des Haushaltsplans des EAD im Hinblick auf die Erreichung seiner Ziele zu verbessern ***und Situationen zu vermeiden, in denen die Fürsorgepflicht des EAD gegenüber dem in den Delegationen der Union eingesetzten Personal beeinträchtigt würde***;

Investitionen und Personalabbau beeinträchtigt werden könnte, insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit***, die psychische Gesundheit und den Schutz*** des Personals ***an risikoreichen Standorten***; ***erwartet, dass bei künftigen haushaltspolitischen Entscheidungen diese Verpflichtungen vorrangig berücksichtigt werden;*** erwartet, dass die dem EAD im Haushaltsplan 2025 zusätzlich zugewiesenen 10 Mio. EUR dazu beitragen werden, die Ausführung des Haushaltsplans des EAD im Hinblick auf die Erreichung seiner Ziele zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 16
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. stellt fest, dass die finanzielle Obergrenze der unter der Verantwortung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin verwalteten Europäischen Friedensfazilität von 12 Mrd. EUR im Jahr 2023 auf 17 Mrd. EUR im Jahr 2024 angehoben wurde, wobei die zusätzlichen 5 Mrd. EUR der militärischen Unterstützung der Ukraine gewidmet sind; fordert den EAD auf, mit der Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft der Kommission (GD ENEST) zusammenzuarbeiten, um eine wirksame Aufsicht und Überwachung der durch die Europäische Friedensfazilität finanzierten Projekte sicherzustellen;	11. stellt fest, dass die finanzielle Obergrenze der unter der Verantwortung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin verwalteten Europäischen Friedensfazilität von 12 Mrd. EUR im Jahr 2023 auf 17 Mrd. EUR im Jahr 2024 angehoben wurde, wobei die zusätzlichen 5 Mrd. EUR der militärischen Unterstützung der Ukraine gewidmet sind; fordert den EAD auf, mit der Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft der Kommission (GD ENEST) zusammenzuarbeiten, um eine wirksame Aufsicht und Überwachung der durch die Europäische Friedensfazilität finanzierten Projekte sicherzustellen; ***würdigt die Europäische Friedensfazilität in einer Zeit geopolitischer Rivalitäten als ein notwendiges Instrument , um die Rolle der EU als Garant für Sicherheit zu stärken, und fordert zugleich mit Nachdruck eine solidere und geschlossenere europäische***

Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich;

Or. en

Änderungsantrag 17
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. betont, dass angesichts der erheblichen Aufstockung der Europäischen Friedensfazilität eine verstärkte Transparenz und parlamentarische Kontrolle erforderlich sind; fordert eine regelmäßige strukturierte Berichterstattung an die Entlastungsbehörde über das Risikomanagement, die Überwachungsvorkehrungen und die Einhaltung im Bereich der Werte der Union und des humanitären Völkerrechts; fordert nachdrücklich, verbindliche Menschenrechtsbewertungen für die gesamte im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität geleistete Sicherheits- und Militärhilfe einzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 18
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. weist den EAD auf die Empfehlungen des Rechnungshofs hin, wonach es von entscheidender Bedeutung ist, bei der Leistung von institutioneller

Unterstützung für Justiz-, Strafverfolgungs- und Strafvollstreckungsbehörden in der Ukraine strengere Bedingungen für die Unterstützung festzulegen und Kriterien für Integrität und Reformwillen sowie insbesondere für die Bekämpfung der Korruption in der Ukraine hervorzuheben, indem der Schwerpunkt auf die Beiträge der EU gelegt wird;

Or. en

Änderungsantrag 19
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt anhand der Antworten des EAD auf den Fragebogen des Haushaltskontrollausschusses (CONT) zur Entlastung 2024 (der „Fragebogen“) fest, dass der EAD sowohl in seiner Zentrale als auch in den Delegationen der Union im Jahr 2024 insgesamt 71 Vergabeverfahren für hochwertige Aufträge, d. h. oberhalb des in der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[1] festgelegten Schwellenwerts von 143 000 EUR für Liefer- und Dienstleistungsaufträge, eingeleitet hat; stellt fest, dass 63 dieser Verfahren erfolgreich waren und 63 Verträge unterzeichnet wurden, während 8 Verfahren erfolglos blieben; stellt fest, dass mit dem Inkrafttreten der neuen Haushaltsordnung am 29. September 2024 die Verwaltung der Vergabeverfahren für die Delegationen der Union in Drittländern durch die Einführung eines gesonderten Systems von Schwellenwerten für sehr niedrige, niedrige und mittlere Auftragswerte vereinfacht wurde, wodurch ein seit Langem bestehendes Problem im Zusammenhang mit der begrenzten	12. stellt anhand der Antworten des EAD auf den Fragebogen des Haushaltskontrollausschusses (CONT) zur Entlastung 2024 (der „Fragebogen“) fest, dass der EAD sowohl in seiner Zentrale als auch in den Delegationen der Union im Jahr 2024 insgesamt 71 Vergabeverfahren für hochwertige Aufträge, d. h. oberhalb des in der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[1] festgelegten Schwellenwerts von 143 000 EUR für Liefer- und Dienstleistungsaufträge, eingeleitet hat; stellt fest, dass 63 dieser Verfahren erfolgreich waren und 63 Verträge unterzeichnet wurden, während 8 Verfahren erfolglos blieben; stellt fest, dass mit dem Inkrafttreten der neuen Haushaltsordnung am 29. September 2024 die Verwaltung der Vergabeverfahren für die Delegationen der Union in Drittländern durch die Einführung eines gesonderten Systems von Schwellenwerten für sehr niedrige, niedrige und mittlere Auftragswerte vereinfacht wurde, wodurch ein seit Langem bestehendes Problem im Zusammenhang mit der begrenzten

Fähigkeit lokaler Wirtschaftsteilnehmer, die komplexen Anforderungen der Vergabevorschriften der Union zu erfüllen, angegangen wird; erwartet, dass diese Vereinfachungen den Bedürfnissen der Aufnahmeländer und der Delegationen der Union in Bezug auf Vergabeverfahren besser Rechnung tragen; fordert den EAD auf, die Entlastungsbehörde über die Ergebnisse der Umsetzung der neuen Bestimmungen der Haushaltsordnung zu unterrichten;	Fähigkeit lokaler Wirtschaftsteilnehmer, die komplexen Anforderungen der Vergabevorschriften der Union zu erfüllen, angegangen wird; erwartet, dass diese Vereinfachungen den Bedürfnissen der Aufnahmeländer und der Delegationen der Union in Bezug auf Vergabeverfahren besser Rechnung tragen; ***betont, dass die Vereinfachung der Vergabeverfahren in Drittländern niemals zu einer Senkung der EU-Vergabestandards führen und nicht als Rechtfertigung für eine eingeschränkte Kontrolle dienen darf und dass die höchsten Standards in Bezug auf Transparenz, Wettbewerb und Betrugsprävention stets eingehalten werden müssen;*** fordert den EAD auf, die Entlastungsbehörde über die Ergebnisse der Umsetzung der neuen Bestimmungen der Haushaltsordnung zu unterrichten;
[1] Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/24/oj).	[1] Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/24/oj).

Or. en

Änderungsantrag 20
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt anhand der Antworten des EAD auf den Fragebogen des Haushaltskontrollausschusses (CONT) zur Entlastung 2024 (der „Fragebogen“) fest, dass der EAD sowohl in seiner Zentrale als auch in den Delegationen der Union im Jahr 2024 insgesamt 71 Vergabeverfahren	12. stellt anhand der Antworten des EAD auf den Fragebogen des Haushaltskontrollausschusses (CONT) zur Entlastung 2024 (der „Fragebogen“) fest, dass der EAD sowohl in seiner Zentrale als auch in den Delegationen der Union im Jahr 2024 insgesamt 71 Vergabeverfahren

für hochwertige Aufträge, d. h. oberhalb des in der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[1] festgelegten Schwellenwerts von 143 000 EUR für Liefer- und Dienstleistungsaufträge, eingeleitet hat; stellt fest, dass 63 dieser Verfahren erfolgreich waren und 63 Verträge unterzeichnet wurden, während 8 Verfahren erfolglos blieben; stellt fest, dass mit dem Inkrafttreten der neuen Haushaltsordnung am 29. September 2024 die Verwaltung der Vergabeverfahren für die Delegationen der Union in Drittländern durch die Einführung eines gesonderten Systems von Schwellenwerten für sehr niedrige, niedrige und mittlere Auftragswerte vereinfacht wurde, wodurch ein seit Langem bestehendes Problem im Zusammenhang mit der begrenzten Fähigkeit lokaler Wirtschaftsteilnehmer, die komplexen Anforderungen der Vergabevorschriften der Union zu erfüllen, angegangen wird; erwartet, dass diese Vereinfachungen den Bedürfnissen der Aufnahmeländer und der Delegationen der Union in Bezug auf Vergabeverfahren besser Rechnung tragen; fordert den EAD auf, die Entlastungsbehörde über die Ergebnisse der Umsetzung der neuen Bestimmungen der Haushaltsordnung zu unterrichten;

[1] Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/24/oj).

für hochwertige Aufträge, d. h. oberhalb des in der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[1] festgelegten Schwellenwerts von 143 000 EUR für Liefer- und Dienstleistungsaufträge, eingeleitet hat; stellt fest, dass 63 dieser Verfahren erfolgreich waren und 63 Verträge unterzeichnet wurden, während 8 Verfahren erfolglos blieben; stellt fest, dass mit dem Inkrafttreten der neuen Haushaltsordnung am 29. September 2024 die Verwaltung der Vergabeverfahren für die Delegationen der Union in Drittländern durch die Einführung eines gesonderten Systems von Schwellenwerten für sehr niedrige, niedrige und mittlere Auftragswerte vereinfacht wurde, wodurch ein seit Langem bestehendes Problem im Zusammenhang mit der begrenzten Fähigkeit lokaler Wirtschaftsteilnehmer, die komplexen Anforderungen der Vergabevorschriften der Union zu erfüllen, angegangen wird; erwartet, dass diese Vereinfachungen den Bedürfnissen der Aufnahmeländer und der Delegationen der Union in Bezug auf Vergabeverfahren besser Rechnung tragen; fordert den EAD auf, die Entlastungsbehörde über die Ergebnisse der Umsetzung der neuen Bestimmungen der Haushaltsordnung zu unterrichten; ***betont, dass vereinfachte Vergabevorschriften in Drittländern nicht zu schwächeren Schutzvorkehrungen in Bezug auf Transparenz, Wettbewerb oder Betrugsbekämpfung führen dürfen; fordert den EAD auf, die Auswirkungen dieser Änderungen auf Fehlerquoten und Integritätsrisiken zu bewerten und darüber Bericht zu erstatten;***

[1] Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/24/oj).

Or. en

Änderungsantrag 21
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. nimmt zur Kenntnis, dass 2024 eine spezielle Taskforce eingerichtet wurde, um die Vergabeverfahren des EAD sowohl in der Zentrale als auch in den Delegationen zu verbessern; ist sich bewusst, dass die Abteilung Interne Prüfung im Jahr 2024 einen Beratungsauftrag durchgeführt hat, dessen Ziel eine unabhängige Überprüfung des Vergabeprozesses war und dessen Ergebnisse derzeit mit den zuständigen Dienststellen erörtert werden; fordert den EAD auf, die Schlussfolgerungen dieser Überprüfung sowie die Liste der Maßnahmen, die ergriffen werden, um auf die festgestellten Herausforderungen zu reagieren, zu veröffentlichen;

Or. en

Änderungsantrag 22
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. stellt anhand des Fragebogens fest, dass der Haushalt für Dienstreisen im Jahr 2024 21 582 843 EUR betrug, was einer Steigerung von rund 2,33 % gegenüber 21 091 935 EUR (aktualisierte Zahl) im Jahr 2023 entspricht; stellt fest, dass der	14. stellt anhand des Fragebogens fest, dass der Haushalt für Dienstreisen im Jahr 2024 21 582 843 EUR betrug, was einer Steigerung von rund 2,33 % gegenüber 21 091 935 EUR (aktualisierte Zahl) im Jahr 2023 entspricht; stellt fest, dass der

EAD über keine separate Haushaltslinie für Dienstreisen und Reisen der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin verfügt und dass die Dienstreisen und Reisekosten der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin je nach Zweck der Dienstreise zwischen dem EAD und der Kommission aufgeteilt werden; entnimmt dem Folgebericht des EAD zu den Bemerkungen des Parlaments im Entlastungsbeschluss für 2023 (der „Folgebericht“) jedoch, dass das interne Verwaltungssystem des EAD die Dienstreisen der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin und die Reisen der sie begleitenden Kollegen innerhalb einer besonderen Mittelzuweisung unter der zentralen Haushaltslinie für Dienstreisen getrennt ausweist; stellt ferner anhand des Fragebogens fest, dass im Jahr 2024 weder der scheidende noch die neu ernannte Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin Dienstreisen durchgeführt hat, die aus dem Haushalt des EAD finanziert wurden; entnimmt dem Folgebericht, dass die konkurrierenden Verpflichtungen der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin sowie ein äußerst enger Zeitplan, der häufig durch die geopolitische Lage bestimmt wird, es ihr mitunter unmöglich machen, zur Wahrnehmung ihrer dienstlichen Verpflichtungen reguläre Linienflüge oder andere Verkehrsmittel zu nutzen; hebt dennoch hervor, dass die Leiter der Organe der Union der Öffentlichkeit sowie den Bürgerinnen und Bürgern als gutes Beispiel dienen sollten, insbesondere wenn sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben Unionsmittel verwenden; betont, dass die Flugoptionen auf der Grundlage von Kriterien der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung ausgewählt werden sollten, sofern solche Alternativen zur Verfügung stehen und mit der Tagesordnung und dem Veranstaltungsort der Sitzungen vereinbar sind; betont, dass Transparenz und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung bei der Verwendung der öffentlichen Mittel der Union ein Grundprinzip für alle Organe der Union

EAD über keine separate Haushaltslinie für Dienstreisen und Reisen der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin verfügt und dass die Dienstreisen und Reisekosten der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin je nach Zweck der Dienstreise zwischen dem EAD und der Kommission aufgeteilt werden; entnimmt dem Folgebericht des EAD zu den Bemerkungen des Parlaments im Entlastungsbeschluss für 2023 (der „Folgebericht“) jedoch, dass das interne Verwaltungssystem des EAD die Dienstreisen der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin und die Reisen der sie begleitenden Kollegen innerhalb einer besonderen Mittelzuweisung unter der zentralen Haushaltslinie für Dienstreisen getrennt ausweist; stellt ferner anhand des Fragebogens fest, dass im Jahr 2024 weder der scheidende noch die neu ernannte Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin Dienstreisen durchgeführt hat, die aus dem Haushalt des EAD finanziert wurden; entnimmt dem Folgebericht, dass die konkurrierenden Verpflichtungen der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin sowie ein äußerst enger Zeitplan, der häufig durch die geopolitische Lage bestimmt wird, es ihr mitunter unmöglich machen, zur Wahrnehmung ihrer dienstlichen Verpflichtungen reguläre Linienflüge oder andere Verkehrsmittel zu nutzen; hebt dennoch hervor, dass die Leiter der Organe der Union der Öffentlichkeit sowie den Bürgerinnen und Bürgern als gutes Beispiel dienen sollten, insbesondere wenn sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben Unionsmittel verwenden; betont, dass die Flugoptionen auf der Grundlage von Kriterien der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung ausgewählt werden sollten, sofern solche Alternativen zur Verfügung stehen und mit der Tagesordnung und dem Veranstaltungsort der Sitzungen vereinbar sind; betont, dass Transparenz und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung bei der Verwendung der öffentlichen Mittel der Union ein Grundprinzip für alle Organe der Union bleiben müssen; ***fordert den EAD auf, bei***

bleiben müssen;

der Reiseplanung systematisch Umweltaspekte zu berücksichtigen, unter anderem indem Bahnfahrten und Flüge nach Möglichkeit vorrangig in der Economy-Klasse absolviert werden, und der Entlastungsbehörde über die erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 23
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass sich der EAD 2024 nach wie vor zunehmenden politischen und finanziellen Herausforderungen sowie Herausforderungen im Zusammenhang mit den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit stellen musste; stellt fest, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und seine geopolitischen Folgen auch 2024 ein zentrales Thema waren; betont in diesem Zusammenhang, dass es wichtig und notwendig ist, dass der EAD eine Schlüsselrolle beim Aufbau der strategischen Autonomie der Union spielt, die auch durch die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformationskampagnen geschützt werden sollte; stellt fest, dass der EAD im Jahr 2024 seinen zweiten Bericht über Bedrohungen in Bezug auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland veröffentlicht hat, in dem 750 Vorfälle detailliert dargestellt und die Operation „False Façade“ (ein von kremlfreundlichen Akteuren betriebenes Informationswäsche-System) offengelegt wurden, dass er das Schnellwarnsystem als zentrales Koordinierungsinstrument zu Informationsmanipulation und	15. stellt fest, dass sich der EAD 2024 nach wie vor zunehmenden politischen und finanziellen Herausforderungen sowie Herausforderungen im Zusammenhang mit den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit stellen musste***, und zwar in einem zunehmend instabilen geopolitischen Umfeld, das durch verstärkte hybride Bedrohungen für demokratische Systeme gekennzeichnet ist***; stellt fest, dass der ***rechtswidrige*** Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und seine geopolitischen Folgen auch 2024 ein zentrales Thema waren; betont in diesem Zusammenhang, dass es wichtig und notwendig ist, dass der EAD eine ***zentrale und gestärkte*** Schlüsselrolle beim Aufbau der strategischen Autonomie***, der Resilienz und der Sicherheit*** der Union spielt, die auch durch die ***systematische und entschlossene*** Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformationskampagnen geschützt werden sollte; stellt fest, dass der EAD im Jahr 2024 seinen zweiten Bericht über Bedrohungen in Bezug auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland veröffentlicht hat, in dem 750 Vorfälle

Einflussnahme aus dem Ausland im Kontext des Schutzes der Integrität der Europawahlen genutzt, ein Instrumentarium zur Erkennung identitätsbasierter Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland veröffentlicht, die jährliche hochrangige Konferenz zu Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland („FIMI Conference“) organisiert, das Handbuch über Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zur Stärkung der Fähigkeit von GSVP-Missionen zur Erkennung und Abwehr Angriffen zur Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland entwickelt sowie zur Stärkung der Medienresilienz bei der Veranstaltung „Connecting Media Communities“ im Kosovo beigetragen hat, an der 130 Journalisten und Faktenprüfer teilnahmen; lobt den EAD für seine Kampagne EUvsDisinfo, in der die Bemühungen Russlands im Bereich der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Jahr 2024 analysiert und aufgedeckt wurden; stellt mit Besorgnis fest, dass die Zahl der kremlfreundlichen Desinformationsfälle 18 000 Einträge überschritten hat; stellt fest, dass einige Delegationen der Union über einen Beauftragten für strategische Kommunikation verfügen, der damit beauftragt ist, die Fälle von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zu analysieren und anzugehen, dass die Fähigkeit zur Sammlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse jedoch nach wie vor in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt; lobt den EAD für die Einrichtung des Informationsaustausch- und Analysezentrums für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Lageerfassung; stellt fest,

detailliert dargestellt und die Operation „False Façade“ (ein von kremlfreundlichen Akteuren betriebenes Informationswäsche-System) offengelegt wurden, ***wodurch ein Beitrag zur öffentlichen Zuordnung und zur strategischen Sensibilisierung für feindliche staatlich geförderte Einmischung geleistet wurde; stellt ferner fest,*** dass er das Schnellwarnsystem als zentrales Koordinierungsinstrument zu Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Kontext des Schutzes der Integrität der Europawahlen genutzt hat***; begrüßt***, ***dass er*** ein Instrumentarium zur Erkennung identitätsbasierter Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland veröffentlicht, die jährliche hochrangige Konferenz zu Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland („FIMI Conference“) organisiert, das Handbuch über Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zur Stärkung der Fähigkeit von GSVP-Missionen zur Erkennung und Abwehr Angriffen zur Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland entwickelt sowie zur Stärkung der Medienresilienz bei der Veranstaltung „Connecting Media Communities“ im Kosovo beigetragen hat, an der 130 Journalisten und Faktenprüfer teilnahmen; lobt den EAD ***nachdrücklich*** für seine Kampagne EUvsDisinfo, in der die Bemühungen Russlands im Bereich der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Jahr 2024 analysiert und aufgedeckt wurden; stellt mit Besorgnis fest, dass die Zahl der kremlfreundlichen Desinformationsfälle 18 000 Einträge überschritten hat***, was das Ausmaß, die Fortdauer und den strategischen Charakter der Bedrohung belegt, die insbesondere von Russland, aber auch von anderen feindlichen Akteuren ausgeht***; stellt fest, dass einige Delegationen der Union über einen

dass diese Bemühungen, die durch eine Aufstockung der Mittel für die Kapazität für strategische Kommunikation um 6,12 Mio. EUR im Jahr 2024 unterstützt wurden, eine robustere, koordiniertere und umfassendere unionsweite Reaktion auf Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sichergestellt haben; fordert, dass das Netz der „Verteidiger gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland“ durch Initiativen zum Kapazitätsaufbau weiter entwickelt und ausgebaut wird;	Beauftragten für strategische Kommunikation verfügen, der damit beauftragt ist, die Fälle von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zu analysieren und anzugehen, dass die Fähigkeit zur Sammlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse jedoch nach wie vor in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt; ***betont daher, dass eine verstärkte Koordinierung, ein strukturierter Informationsaustausch und eine engere Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und vertrauenswürdigen Partnern erforderlich sind, und*** lobt den EAD für die Einrichtung des Informationsaustausch- und Analysezentrums für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Lageerfassung; stellt fest, dass diese Bemühungen, die durch eine Aufstockung der Mittel für die Kapazität für strategische Kommunikation um 6,12 Mio. EUR im Jahr 2024 unterstützt wurden, eine robustere, koordiniertere und umfassendere unionsweite Reaktion auf Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sichergestellt haben; ***betont, dass eine nachhaltige und berechenbare Finanzierung von wesentlicher Bedeutung ist, um Kontinuität und Wirksamkeit bei der Abwehr hybrider Bedrohungen sicherzustellen;*** fordert, dass das Netz der „Verteidiger gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland“ durch Initiativen zum Kapazitätsaufbau weiter entwickelt und ausgebaut wird;

Or. en

Änderungsantrag 24
José Cepeda, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass sich der EAD 2024 nach wie vor zunehmenden politischen und finanziellen Herausforderungen sowie Herausforderungen im Zusammenhang mit den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit stellen musste; stellt fest, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und seine geopolitischen Folgen auch 2024 ein zentrales Thema waren; betont in diesem Zusammenhang, dass es wichtig und notwendig ist, dass der EAD eine Schlüsselrolle beim Aufbau der strategischen Autonomie der Union spielt, die auch durch die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformationskampagnen geschützt werden sollte; stellt fest, dass der EAD im Jahr 2024 seinen zweiten Bericht über Bedrohungen in Bezug auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland veröffentlicht hat, in dem 750 Vorfälle detailliert dargestellt und die Operation „False Façade“ (ein von kremlfreundlichen Akteuren betriebenes Informationswäsche-System) offengelegt wurden, dass er das Schnellwarnsystem als zentrales Koordinierungsinstrument zu Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Kontext des Schutzes der Integrität der Europawahlen genutzt, ein Instrumentarium zur Erkennung identitätsbasierter Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland veröffentlicht, die jährliche hochrangige Konferenz zu Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland („FIMI Conference“) organisiert, das Handbuch über Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zur	15. stellt fest, dass sich der EAD 2024 nach wie vor zunehmenden politischen und finanziellen Herausforderungen sowie Herausforderungen im Zusammenhang mit den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit stellen musste; stellt fest, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und seine geopolitischen Folgen auch 2024 ein zentrales Thema waren; betont in diesem Zusammenhang, dass es wichtig und notwendig ist, dass der EAD eine Schlüsselrolle beim Aufbau der strategischen Autonomie der Union spielt, die auch durch die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformationskampagnen geschützt werden sollte; stellt fest, dass der EAD im Jahr 2024 seinen zweiten Bericht über Bedrohungen in Bezug auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland veröffentlicht hat, in dem 750 Vorfälle detailliert dargestellt und die Operation „False Façade“ (ein von kremlfreundlichen Akteuren betriebenes Informationswäsche-System) offengelegt wurden, dass er das Schnellwarnsystem als zentrales Koordinierungsinstrument zu Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Kontext des Schutzes der Integrität der Europawahlen genutzt, ein Instrumentarium zur Erkennung identitätsbasierter Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland veröffentlicht, die jährliche hochrangige Konferenz zu Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland („FIMI Conference“) organisiert, das Handbuch über Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zur

Stärkung der Fähigkeit von GSVP-Missionen zur Erkennung und Abwehr Angriffen zur Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland entwickelt sowie zur Stärkung der Medienresilienz bei der Veranstaltung „Connecting Media Communities“ im Kosovo beigetragen hat, an der 130 Journalisten und Faktenprüfer teilnahmen; lobt den EAD für seine Kampagne EUvsDisinfo, in der die Bemühungen Russlands im Bereich der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Jahr 2024 analysiert und aufgedeckt wurden; stellt mit Besorgnis fest, dass die Zahl der kremlfreundlichen Desinformationsfälle 18 000 Einträge überschritten hat; stellt fest, dass einige Delegationen der Union über einen Beauftragten für strategische Kommunikation verfügen, der damit beauftragt ist, die Fälle von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zu analysieren und anzugehen, dass die Fähigkeit zur Sammlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse jedoch nach wie vor in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt; lobt den EAD für die Einrichtung des Informationsaustausch- und Analysezentrums für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Lageerfassung; stellt fest, dass diese Bemühungen, die durch eine Aufstockung der Mittel für die Kapazität für strategische Kommunikation um 6,12 Mio. EUR im Jahr 2024 unterstützt wurden, eine robustere, koordiniertere und umfassendere unionsweite Reaktion auf Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sichergestellt haben; fordert, dass das Netz der „Verteidiger gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland“ durch Initiativen zum Kapazitätsaufbau weiter

Stärkung der Fähigkeit von GSVP-Missionen zur Erkennung und Abwehr Angriffen zur Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland entwickelt sowie zur Stärkung der Medienresilienz bei der Veranstaltung „Connecting Media Communities“ im Kosovo beigetragen hat, an der 130 Journalisten und Faktenprüfer teilnahmen; lobt den EAD für seine Kampagne EUvsDisinfo, in der die Bemühungen Russlands im Bereich der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Jahr 2024 analysiert und aufgedeckt wurden; stellt mit Besorgnis fest, dass die Zahl der kremlfreundlichen Desinformationsfälle 18 000 Einträge überschritten hat; stellt fest, dass einige Delegationen der Union über einen Beauftragten für strategische Kommunikation verfügen, der damit beauftragt ist, die Fälle von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zu analysieren und anzugehen, dass die Fähigkeit zur Sammlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse jedoch nach wie vor in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt; lobt den EAD für die Einrichtung des Informationsaustausch- und Analysezentrums für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Lageerfassung; stellt fest, dass diese Bemühungen, die durch eine Aufstockung der Mittel für die Kapazität für strategische Kommunikation um 6,12 Mio. EUR im Jahr 2024 unterstützt wurden, eine robustere, koordiniertere und umfassendere unionsweite Reaktion auf Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sichergestellt haben; fordert, dass das Netz der „Verteidiger gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland“ durch Initiativen zum Kapazitätsaufbau weiter entwickelt und ausgebaut wird; ***betont,***

entwickelt und ausgebaut wird;	***dass daher der Abteilung für strategische Kommunikation und Vorausschau des EAD angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um wirksam gegen Desinformationskampagnen und EU-feindliche Narrative vorzugehen, die von autoritären und illiberalen Regimes strategisch eingesetzt werden, um das auswärtige Handeln der EU in Drittländern zu untergraben;***
	Or. en

Änderungsantrag 25
José Cepeda, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. weist erneut auf die im Strategischen Kompass niedergelegten und vom Europäischen Parlament geäußerten Forderungen hin, die Fähigkeiten der Union im Bereich der Aufklärung und Lageerfassung zu stärken; betont, dass die Mittel für das Zentrum der Europäischen Union für Informationsgewinnung und Lageerfassung (EU INTCEN) und des Krisenreaktionszentrums des EAD angesichts des wachsenden Bedarfs der Union in den Bereichen Analyse und Krisenmanagement aufgestockt werden müssen, damit diese Einrichtungen angemessen ausgestattet sind, um ihre Aufgaben in einem zunehmend komplexen und anspruchsvollen geopolitischen Umfeld wahrnehmen zu können; hebt hervor, dass das EU INTCEN eine zentrale Rolle bei der Erstellung integrierter, alle Quellen umfassender analytischer Bewertungen zur Unterstützung der Entscheidungsfindung im Bereich der GASP und der GSVP spielt, und betont, dass das Netz der EU-Delegationen –

unbeschadet der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten – das Potenzial aufweist, durch die Einbeziehung relevanter Informationen, die vor Ort bereits verfügbar sind, einen wesentlichen Beitrag zur Lageerfassung zu leisten; ist der Ansicht, dass die Festlegung einer klareren und besser sichtbaren Mittelzuweisung für das EU INTCEN zu mehr Transparenz, demokratischer Kontrolle und Rechenschaftspflicht im Rahmen des Entlastungsverfahrens beitragen könnte;

Or. en

Änderungsantrag 26
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. begrüßt die Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die Schaffung eines Zentrums für demokratische Resilienz als wichtige Schritte zur Stärkung der Fähigkeit der EU, gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorzugehen; begrüßt die Absicht, den vorgeschlagenen Europäischen Schutzschild für die Demokratie auf die Beitrittsländer auszuweiten und damit deren Fähigkeit zu stärken, auf Bedrohungen wie ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformationskampagnen zu reagieren; fordert die Kommission und den EAD auf, die Zusammenarbeit mit gefährdeten Erweiterungsländern in den Bereichen Informationsresilienz, Cybersicherheit und hybride Bedrohungen zu vertiefen; fordert den EAD und die EU-Delegationen in Drittländern auf, ihre

jeweiligen Kapazitäten zur Bekämpfung und Widerlegung von Desinformation und Propaganda gegen die GASP der EU weiter zu stärken, unter anderem durch Investitionen in Kommunikationskampagnen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme;

Or. en

Änderungsantrag 27
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont, dass der Abteilung für strategische Kommunikation und Vorausschau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um Desinformationskampagnen autoritärer Regimes – insbesondere des Kremls – entgegenzuwirken; weist darauf hin, dass mit Russland verbundene Akteure in der Republik Moldau und in der Ukraine die Religion, auch die orthodoxe Kirche unter dem Moskauer Patriarchat, instrumentalisiert haben, um die demokratische Resilienz zu untergraben; betont, dass es wichtig ist, die glaubensbasierte Diplomatie der EU im Rahmen ihres auswärtigen Handelns zu stärken, und fordert eine eigene EAD-Haushaltslinie, um den Dialog zu unterstützen, die Toleranz zwischen den Konfessionen und Religionen zu fördern und dem geopolitischen Missbrauch von Religion entgegenzuwirken.

Or. en

Änderungsantrag 28
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 15 – Buchstabe a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	a) weist die Kommission erneut darauf hin, dass das Parlament fordert, das Personal des EAD angemessen für den Dialog über Religionsfreiheit zu rüsten und dies zu einer wichtigen Priorität im Rahmen ihres auswärtigen Handelns zu machen[1a], und fordert den EAD auf, dieser Forderung mit Entschlossenheit nachzukommen und seine Ressourcen entsprechend aufzustocken;
	[1a] Entschließung P10_TA(2025)0086, Ziffer 83.

Or. nl

Änderungsantrag 29
Tamás Deutsch, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert den EAD auf, zu prüfen, wie es dazu kommen konnte, dass sein Rechtsrahmen zur Verhinderung von Korruption und Betrug versagt hat, sodass Angehörige des EAD, darunter auch Beamte auf höchster Verwaltungsebene, über mehrere Jahre hinweg unentdeckt aktiv an Korruption und Geldwäsche beteiligt waren;

Or. en

Änderungsantrag 30
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert den EAD auf, dafür zu sorgen, dass die Kapazitäten zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland strukturell verankert und nachhaltig finanziert werden, unter anderem durch spezielles Personal, Schulungen und langfristige Planung über die jährlichen Haushaltszyklen hinaus;

Or. en

Änderungsantrag 31
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. fordert die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin auf, die GSVP-Missionen und -Operationen der EU mit ausreichendem Personal, Ressourcen und flexiblen Mandaten zu verstärken, um wirksam auf Sicherheitsherausforderungen reagieren zu können;

Or. en

Änderungsantrag 32
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 15 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15c. erachtet es als wichtig, die EUMM-Mission in Georgien fortzusetzen, um die Lage in den besetzten Gebieten zu beobachten und dafür zu sorgen, dass Frühwarnungen und eine Berichterstattung erfolgen können;

Or. en

Änderungsantrag 33
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 15 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15e. fordert den EAD auf, insbesondere angesichts der aktuellen geopolitischen Lage seine Zusammenarbeit mit Georgien zur Unterstützung demokratischer Reformen und der europäischen Perspektive des Landes fortzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 34
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 15 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15d. betont, dass ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland in der Einrichtung einer speziellen Abteilung für glaubensorientierte Diplomatie innerhalb des EAD besteht, deren Aufgabe es sein sollte, den Kontakt mit religiösen und konfessionellen

Gemeinschaften zu pflegen, das interkulturelle Verständnis zu fördern und die Resilienz gegenüber identitätsbasierter Desinformation zu stärken; betont, dass eine solches Abteilung die Früherkennung von auf religiöse oder kulturelle Narrative ausgerichteter Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland unterstützen, den Dialog mit religiösen Akteuren verbessern und bestehende Instrumente des EAD wie das Schnellwarnsystem und die EUvsDisinfo-Kampagne ergänzen und so zu einer robusteren, unionsweiten Reaktion auf Desinformationskampagnen beitragen könnte; weist darauf hin, dass in der Stellungnahme des AFET-Ausschusses für den Haushaltskontrollausschuss zu der Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2023, Einzelplan X – Europäischer Auswärtiger Dienst[1a], betont wird, dass die Religions- und Weltanschauungsfreiheit ein Grundwert der Union ist, und der EAD nachdrücklich aufgefordert wird, die interreligiöse Diplomatie systematisch in seine Maßnahmen einzubeziehen und Religion als konstruktives Element bei der Bewältigung globaler Herausforderungen und der Förderung von Frieden, Resilienz und sozialem Zusammenhalt anzuerkennen;

1a

***https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/AFET-AD-765237_DE.pdf**.*

Or. en

Änderungsantrag 35
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach es das Ziel der EU und ihrer Organe ist, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern, den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 36
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16b. fordert das Organ auf, sich unter Einsatz all seiner verfügbaren Maßnahmen und Mittel uneingeschränkt für den Frieden einzusetzen und seine Bemühungen vollständig darauf zu richten, damit der Krieg in der Ukraine so bald wie möglich beendet, der Frieden erhalten und die Sicherheit in Europa gestärkt wird;

Or. en

Änderungsantrag 37
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. weist erneut darauf hin, dass es unerlässlich ist, die Unterstützung von Menschenrechten, Demokratie und Entwicklung in Drittländern durch den Finanzrahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ weiter zu	***entfällt***

verstärken; hebt hervor, dass die Beibehaltung spezifischer Mittel für Menschenrechte und Demokratie sowie ein menschenrechtsbasierter Ansatz und die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte in der Unterstützung von Drittländern und in Partnerschaften dazu beitragen können, die Stellung der Union auf globaler Ebene zu stärken und die Werte der Union zu untermauern; betont, dass die Mittel für die digitale Diplomatie der Union vor dem aktuellen Hintergrund des raschen technologischen Fortschritts und des geopolitischen Wettbewerbs weiter aufgestockt werden sollten; fordert nachdrücklich, dass die „grüne Diplomatie“ und der ökologische Wandel als eine der Prioritäten der Union gegenüber Drittländern durch das auswärtige Handeln der Union gestärkt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 38
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. weist erneut darauf hin, dass es unerlässlich ist, die Unterstützung von Menschenrechten, Demokratie und Entwicklung in Drittländern durch den Finanzrahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ weiter zu verstärken; hebt hervor, dass die Beibehaltung spezifischer Mittel für Menschenrechte und Demokratie sowie ein menschenrechtsbasierter Ansatz und die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte in der Unterstützung von Drittländern und in Partnerschaften dazu beitragen können, die Stellung der Union auf globaler Ebene zu stärken und die Werte der Union zu untermauern; betont,	17. weist erneut darauf hin, dass es unerlässlich ist, die Unterstützung von Menschenrechten, Demokratie und Entwicklung in Drittländern durch den Finanzrahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ weiter zu verstärken; hebt hervor, dass die Beibehaltung spezifischer Mittel für Menschenrechte und Demokratie sowie ein menschenrechtsbasierter Ansatz und die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte in der Unterstützung von Drittländern und in Partnerschaften dazu beitragen können, die Stellung der Union auf globaler Ebene zu stärken und die Werte der Union zu untermauern; betont,

dass die Mittel für die digitale Diplomatie der Union vor dem aktuellen Hintergrund des raschen technologischen Fortschritts und des geopolitischen Wettbewerbs weiter aufgestockt werden sollten; fordert nachdrücklich, dass die „grüne Diplomatie“ und der ökologische Wandel als eine der Prioritäten der Union gegenüber Drittländern durch das auswärtige Handeln der Union gestärkt werden sollten;	dass die Mittel für die digitale Diplomatie der Union vor dem aktuellen Hintergrund des raschen technologischen Fortschritts und des geopolitischen Wettbewerbs weiter aufgestockt werden sollten***, insbesondere um dem digitalen Autoritarismus, ausländischer Einmischung und dem Missbrauch neuer Technologien entgegenzuwirken***; fordert nachdrücklich, dass die „grüne Diplomatie“ und der ökologische Wandel als eine der Prioritäten der Union gegenüber Drittländern durch das auswärtige Handeln der Union gestärkt werden sollten***, wobei auf die Vereinbarkeit mit der Wettbewerbsfähigkeit, der Energiesicherheit und der wirtschaftlichen Resilienz der Partnerländer zu achten ist und unverhältnismäßige Belastungen, die strategische Partnerschaften untergraben könnten, zu vermeiden sind***;
	Or. en

Änderungsantrag 39
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. weist erneut darauf hin, dass es unerlässlich ist, die Unterstützung von Menschenrechten, Demokratie und Entwicklung in Drittländern durch den Finanzrahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ weiter zu verstärken; hebt hervor, dass die Beibehaltung spezifischer Mittel für Menschenrechte und Demokratie sowie ein menschenrechtsbasierter Ansatz und die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte in der Unterstützung von Drittländern und in Partnerschaften dazu beitragen können, die Stellung der Union	17. weist erneut darauf hin, dass es unerlässlich ist, die Unterstützung von Menschenrechten, Demokratie und Entwicklung in Drittländern durch den Finanzrahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ weiter zu verstärken; hebt hervor, dass die Beibehaltung spezifischer Mittel für Menschenrechte und Demokratie sowie ein menschenrechtsbasierter Ansatz und die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte in der Unterstützung von Drittländern und in Partnerschaften dazu beitragen können, die Stellung der Union

auf globaler Ebene zu stärken und die Werte der Union zu untermauern; betont, dass die Mittel für die digitale Diplomatie der Union vor dem aktuellen Hintergrund des raschen technologischen Fortschritts und des geopolitischen Wettbewerbs weiter aufgestockt werden sollten; fordert nachdrücklich, dass die „grüne Diplomatie“ und der ökologische Wandel als eine der Prioritäten der Union gegenüber Drittländern durch das auswärtige Handeln der Union gestärkt werden sollten;	auf globaler Ebene zu stärken und die Werte der Union zu untermauern; betont, dass die Mittel für die digitale Diplomatie der Union vor dem aktuellen Hintergrund des raschen technologischen Fortschritts und des geopolitischen Wettbewerbs weiter aufgestockt werden sollten; fordert nachdrücklich, dass die „grüne Diplomatie“ und der ökologische Wandel als eine der Prioritäten der Union gegenüber Drittländern durch das auswärtige Handeln der Union gestärkt werden sollten; ***besteht darauf, dass die grüne Diplomatie und der grüne Wandel durch angemessene finanzielle und personelle Ressourcen im EAD und in den Delegationen der Union unterstützt und konsequent in politische Dialoge, Partnerschaften und externe Ausgaben, auch in Drittländern, integriert werden;***

Or. en

Änderungsantrag 40
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. weist erneut darauf hin, dass es unerlässlich ist, die Unterstützung von Menschenrechten, Demokratie und Entwicklung in Drittländern durch den Finanzrahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ weiter zu verstärken; hebt hervor, dass die Beibehaltung spezifischer Mittel für Menschenrechte und Demokratie sowie ein menschenrechtsbasierter Ansatz und die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte in der Unterstützung von Drittländern und in Partnerschaften dazu beitragen können, die Stellung der Union auf globaler Ebene zu stärken und die Werte der Union zu untermauern; betont,	17. weist erneut darauf hin, dass es unerlässlich ist, die Unterstützung von Menschenrechten, Demokratie und Entwicklung in Drittländern durch den Finanzrahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ weiter zu verstärken; hebt hervor, dass die Beibehaltung spezifischer Mittel für Menschenrechte und Demokratie sowie ein menschenrechtsbasierter Ansatz und die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte in der Unterstützung von Drittländern und in Partnerschaften dazu beitragen können, die Stellung der Union auf globaler Ebene zu stärken und die Werte der Union zu untermauern; ***fordert***

dass die Mittel für die digitale Diplomatie der Union vor dem aktuellen Hintergrund des raschen technologischen Fortschritts und des geopolitischen Wettbewerbs weiter aufgestockt werden sollten; fordert nachdrücklich, dass die „grüne Diplomatie“ und der ökologische Wandel als eine der Prioritäten der Union gegenüber Drittländern durch das auswärtige Handeln der Union gestärkt werden sollten;	***den EAD auf, systematisch Risikobewertungen zu Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums in Partner- und Drittländern durchzuführen, um sicherzustellen, dass die Finanzierung unabhängige Akteure der Zivilgesellschaft erreicht;*** betont, dass die Mittel für die digitale Diplomatie der Union vor dem aktuellen Hintergrund des raschen technologischen Fortschritts und des geopolitischen Wettbewerbs weiter aufgestockt werden sollten; fordert nachdrücklich, dass die „grüne Diplomatie“ und der ökologische Wandel als eine der Prioritäten der Union gegenüber Drittländern durch das auswärtige Handeln der Union gestärkt werden sollten;
	Or. en

Änderungsantrag 41
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts die zentrale Rolle und die Maßnahmen des EAD bei der Förderung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten fest, einschließlich seiner Forderungen nach ungehindertem Zugang und einer kontinuierlichen Bereitstellung humanitärer Hilfe in angemessenem Umfang im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts; ***begrüßt in diesem Zusammenhang die von der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Anhörung vertretene Auffassung, wonach als grundlegendes Prinzip gilt, dass derjenige, der Schäden verursacht, auch für diese aufkommen sollte; stellt fest, dass eine Schätzung der Schäden nicht möglich ist, solange kein Zugang zum***	18. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts die zentrale Rolle und die Maßnahmen des EAD bei der Förderung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten fest, einschließlich seiner Forderungen nach ungehindertem Zugang und einer kontinuierlichen Bereitstellung humanitärer Hilfe in angemessenem Umfang im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts;

Gazastreifen besteht;

Or. nl

Änderungsantrag 42
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts die zentrale Rolle und die Maßnahmen des EAD bei der Förderung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten fest, einschließlich seiner Forderungen nach ungehindertem Zugang und einer kontinuierlichen Bereitstellung humanitärer Hilfe in angemessenem Umfang im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts; begrüßt in diesem Zusammenhang die von der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Anhörung vertretene Auffassung, wonach als grundlegendes Prinzip gilt, dass derjenige, der Schäden verursacht, auch für diese aufkommen sollte; stellt fest, dass eine Schätzung der Schäden nicht möglich ist, solange kein Zugang zum Gazastreifen besteht;	18. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts die zentrale Rolle und die Maßnahmen des EAD bei der Förderung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten fest, einschließlich seiner Forderungen nach ungehindertem Zugang und einer kontinuierlichen Bereitstellung humanitärer Hilfe in angemessenem Umfang im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts; ***stellt fest, dass die Union seit Beginn der Krise im Gazastreifen alle verfügbaren humanitären Instrumente eingesetzt hat, um das Leid der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland zu lindern, und seit Oktober 2023 humanitäre Hilfe in Höhe von 450 Mio. EUR bereitgestellt hat, darunter ein erstes Hilfspaket in Höhe von 120 Mio. EUR für 2025, und dass im konkreten Fall der Unterstützung der Union in Palästina die bestehenden Mechanismen solide sind und wirksam funktionieren und „bislang keine Beweise dafür gefunden [wurden], dass Gelder für nicht beabsichtigte Zwecke zweckentfremdet wurden“, wie im Rahmen der im November 2023 durchgeführten finanziellen Überprüfung der EU-Hilfe in Palästina erneut bestätigt wurde; stellt ferner fest, dass die Kommission im April 2025 ein umfassendes Mehrjahresprogramm für Palästina im Wert von bis zu 1,6 Mrd. EUR für den Zeitraum 2025-2027 angenommen hat, um die***

wirtschaftliche Erholung, Resilienz und Governance im Westjordanland, in Ostjerusalem und im Gazastreifen zu unterstützen, wobei bis zu 620 Mio. EUR dieser Mittel als direkte finanzielle Unterstützung für die Palästinensische Behörde bereitgestellt werden; stellt fest, dass die Kommission im Mai 2024 ein Finanzhilfepaket in Höhe von 1 Mrd. EUR angekündigt hat, um den Libanon bei der Bewältigung interner und regionaler Herausforderungen zu unterstützen; begrüßt in diesem Zusammenhang die von der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Anhörung vertretene Auffassung, wonach als grundlegendes Prinzip gilt, dass derjenige, der Schäden verursacht, auch für diese aufkommen sollte; stellt fest, dass eine Schätzung der Schäden nicht möglich ist, solange kein Zugang zum Gazastreifen besteht;

Or. en

Änderungsantrag 43
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts die zentrale Rolle und die Maßnahmen des EAD bei der Förderung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten fest, einschließlich seiner Forderungen nach ungehindertem Zugang und einer kontinuierlichen Bereitstellung humanitärer Hilfe in angemessenem Umfang im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts; begrüßt in diesem Zusammenhang die von der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Anhörung vertretene Auffassung, wonach als grundlegendes Prinzip gilt, dass	18. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts die zentrale Rolle und die Maßnahmen des EAD bei der Förderung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten fest, einschließlich seiner Forderungen nach ungehindertem Zugang und einer kontinuierlichen Bereitstellung humanitärer Hilfe in angemessenem Umfang im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts; begrüßt in diesem Zusammenhang die von der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Anhörung vertretene Auffassung, wonach als grundlegendes Prinzip gilt, dass

derjenige, der Schäden verursacht, auch für diese aufkommen sollte; stellt fest, dass eine Schätzung der Schäden nicht möglich ist, solange kein Zugang zum Gazastreifen besteht;	derjenige, der Schäden verursacht, auch für diese aufkommen sollte; stellt fest, dass eine Schätzung der Schäden nicht möglich ist, solange kein Zugang zum Gazastreifen besteht; ***hebt hervor, dass robuste Überwachungs- und Rechenschaftsmechanismen wichtig sind, einschließlich einer unabhängigen Überprüfung der Schäden und Bedürfnisse, sobald der Zugang ermöglicht wird; fordert den EAD auf, weiterhin alle verfügbaren Instrumente zu nutzen, gegebenenfalls einschließlich humanitärer, diplomatischer, finanzieller und restriktiver Maßnahmen, um die regelbasierte internationale Ordnung aufrechtzuerhalten und dauerhaften Frieden und Sicherheit in der Region zu fördern;***
	Or. en

Änderungsantrag 44
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts die zentrale Rolle und die Maßnahmen des EAD bei der Förderung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten fest, einschließlich seiner Forderungen nach ungehindertem Zugang und einer kontinuierlichen Bereitstellung humanitärer Hilfe in angemessenem Umfang im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts; begrüßt in diesem Zusammenhang die von der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Anhörung vertretene Auffassung, wonach als grundlegendes Prinzip gilt, dass ***derjenige, der*** Schäden ***verursacht, auch für diese aufkommen*** sollte; stellt fest, dass eine ***Schätzung*** der Schäden ***nicht möglich*** ist, solange kein Zugang zum	18. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts die zentrale Rolle und die Maßnahmen des EAD bei der Förderung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten fest, einschließlich seiner Forderungen nach ungehindertem Zugang und einer kontinuierlichen Bereitstellung humanitärer Hilfe in angemessenem Umfang im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts; ***betont, dass humanitäre Hilfe auf sichere, wirksame und entpolitisierte Weise geleistet werden muss und nicht von terroristischen oder bewaffneten Gruppen umgeleitet oder missbraucht werden darf;*** begrüßt in diesem Zusammenhang die von der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Anhörung vertretene Auffassung, wonach

Gazastreifen besteht;	als grundlegendes Prinzip gilt, dass ***die Haftung für*** Schäden ***im Einklang mit dem Völkerrecht und den geltenden Rechtsrahmen geregelt werden*** sollte; stellt fest, dass eine ***umfassende Bewertung*** der Schäden ***verfrüht*** ist, solange kein Zugang zum Gazastreifen besteht; ***betont, dass unabhängige und überprüfbare Informationen als Grundlage für jede künftige Bewertung von großer Bedeutung sind;***

Or. en

Änderungsantrag 45
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts die zentrale Rolle und die Maßnahmen des EAD bei der Förderung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten fest, einschließlich seiner Forderungen nach ungehindertem Zugang und einer kontinuierlichen Bereitstellung humanitärer Hilfe in angemessenem Umfang im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts; begrüßt in diesem Zusammenhang die von der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Anhörung vertretene Auffassung, wonach als grundlegendes Prinzip gilt, dass derjenige, der Schäden verursacht, auch für diese aufkommen sollte; stellt fest, dass eine Schätzung der Schäden nicht möglich ist, solange kein Zugang zum Gazastreifen besteht;	18. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts die zentrale Rolle und die Maßnahmen des EAD bei der Förderung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten fest, einschließlich seiner Forderungen nach ungehindertem Zugang und einer kontinuierlichen Bereitstellung humanitärer Hilfe in angemessenem Umfang im Einklang mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts; begrüßt in diesem Zusammenhang die von der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin in der Anhörung vertretene Auffassung, wonach als grundlegendes Prinzip gilt, dass derjenige, der Schäden verursacht, auch für diese aufkommen sollte; stellt fest, dass eine Schätzung der Schäden nicht möglich ist, solange kein Zugang zum Gazastreifen besteht; ***bringt seine tiefe Besorgnis über die anhaltende Unterstützung des EAD für das UNRWA zum Ausdruck, obwohl es Vorwürfe in Bezug auf den Missbrauch von Mitteln und Verbindungen von UNRWA-Mitarbeitern zur Hamas gibt;***

Or. en

Änderungsantrag 46
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. verweist auf seinen Standpunkt zum EU-Haushalt für 2026 und betont, dass es wichtig ist, politische, wirtschaftliche und soziale Reformen in der Region der Südlichen Nachbarschaft zu unterstützen, einschließlich der Deckung des steigenden humanitären Bedarfs; weist darauf hin, dass der Europäische Auswärtige Dienst für die Bereitstellung politischer Leitlinien und die strategische Aufsicht über das auswärtige Handeln der Union zuständig ist, während die Kommission die volle Verantwortung für die Verwaltung, Auftragsvergabe und Auszahlung im Zusammenhang mit EU-Haushaltsmitteln trägt, die den Durchführungspartnern und internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt werden; nimmt die Reaktion der Vereinten Nationen auf Anschuldigungen gegen 19 der 13 000 Mitarbeiter des UNRWA im Gazastreifen hinsichtlich ihrer mutmaßlichen Beteiligung an den Terroranschlägen vom 7. Oktober 2023 gegen Israel zur Kenntnis, darunter die in Zusammenarbeit mit Israel durchgeführte Untersuchung des Amts für interne Aufsichtsdienste (OIOS), die zur Entlassung von neun Mitarbeitern im Interesse des Dienstes führte, sowie die im Rahmen der Colonna-Überprüfung abgegebenen Empfehlungen; nimmt das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 22. Oktober 2025 zur Kenntnis, dessen Schlussfolgerung lautet, dass die verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um eine mangelnde Neutralität des UNRWA als Organisation festzustellen; begrüßt die Bewertung der

Kommission, wonach sich das UNRWA weiterhin uneingeschränkt für die Umsetzung der Colonna-Empfehlungen einsetzt, und weist darauf hin, dass alle mit der EU vereinbarten Bedingungen für die Fortsetzung der Finanzierung im Jahr 2024 erfüllt waren, einschließlich des Abschlusses einer Prüfung durch von der EU eingesetzte Sachverständige; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, sich weiterhin zu engagieren und die Lage genau zu beobachten, um eine kontinuierliche Finanzierung unter Wahrung von Neutralität, Transparenz und Rechenschaftspflicht sicherzustellen; nimmt zur Kenntnis, dass das UNRWA im Einklang mit der internationalen Praxis für Organisationen der Vereinten Nationen, die im Bildungsbereich tätig sind, die Lehrpläne des Gastlandes und die vor Ort herausgegebenen Lehrbücher in seinen Schulen verwendet, die jedoch systematisch überprüft werden, um sich mit problematischen Inhalte auseinanderzusetzen; weist darauf hin, dass die Union die palästinensischen Lehrbücher nicht finanziert; begrüßt die Zusammenarbeit der Kommission mit der Palästinensischen Behörde bei der Reform des Lehrplans und nimmt die Fortschritte bei der Angleichung der Lernmaterialien an die UNESCO-Standards zur Kenntnis; weist erneut darauf hin, dass die Palästinensische Behörde alle Bildungsmaterialien und -inhalte entfernen muss, die nicht den UNESCO-Standards entsprechen;

Or. en

Änderungsantrag 47
José Cepeda, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. stellt fest, dass die Union die palästinensischen Lehrbücher nicht finanziert und dass das UNRWA im Einklang mit der internationalen Praxis für Organisationen der Vereinten Nationen, die im Bildungsbereich tätig sind, die Lehrpläne des Gastlandes und die vor Ort herausgegebenen Lehrbücher in seinen Schulen verwendet; begrüßt jedoch die Zusammenarbeit der Kommission mit der Palästinensischen Behörde bei der Reform des Lehrplans auf der Grundlage der UNESCO-Standards;

Or. en

Änderungsantrag 48
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert den EAD auf, eng mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Palästinensische Behörde unverzüglich alle Unterrichtsmaterialien entfernt, die nicht den UNESCO-Standards von Frieden und Toleranz entsprechen; besteht darauf, dass die Finanzierung durch die EU davon abhängig gemacht wird, dass Hetze und Aufstachelung zu Gewalt aus den Lehrplänen der Schulen entfernt werden;

Or. en

Änderungsantrag 49
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. ist zutiefst besorgt angesichts der Anschuldigungen, dass Mitarbeiter des UNRWA in Gaza an den verabscheuungswürdigen Terroranschlägen der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023 beteiligt waren; fordert die Kommission und den EAD auf, dafür zu sorgen, dass keine Unionsmittel an Personen oder Organisationen vergeben werden, die mit terroristischen Bewegungen oder anderen Bewegungen in Verbindung stehen, durch die extremistische Ansichten vertreten werden, die in direktem Widerspruch zu den Grundwerten der Europäischen Union stehen; weist erneut darauf hin, dass die Kommission und der EAD für unabhängige Kontrollen des UNRWA durch externe Sachverständige, den Rechnungshof und erfahrene internationale Partner sorgen müssen; fordert den EAD auf, erforderlichenfalls mit anderen zuverlässigen Partnern im Gazastreifen und in den palästinensischen Gebieten zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass der palästinensischen Bevölkerung weiterhin humanitäre Hilfe geleistet wird; begrüßt die jüngsten Zusagen zur Beendigung des Krieges im Gazastreifen und nimmt den von der US-Regierung vorgeschlagenen 20-Punkte-Friedensplan zur Kenntnis; fordert den EAD auf, mit dem Friedensrat zusammenzuarbeiten, um einen fairen, dauerhaften und nachhaltigen Frieden im Gazastreifen und im gesamten Nahen Osten zu fördern; begrüßt die Ernennung eines Hohen Vertreters für Gaza als Schritt hin zu einem verstärkten Dialog und zur Vertrauensbildung zwischen allen einschlägigen Interessenträgern;
	Or. en

Änderungsantrag 50
José Cepeda, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. weist darauf hin, dass der Europäische Auswärtige Dienst für die Bereitstellung politischer Leitlinien und die strategische Aufsicht über das auswärtige Handeln der Union zuständig ist, während die Kommission die volle Verantwortung für die Verwaltung, Auftragsvergabe und Auszahlung im Zusammenhang mit EU-Haushaltsmitteln trägt, die den Durchführungspartnern und internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt werden; begrüßt in diesem Zusammenhang die Bewertung der Kommission, wonach das UNRWA alle mit der EU vereinbarten Bedingungen für die Fortsetzung der Finanzierung im Jahr 2024 erfüllt hat, einschließlich des Abschlusses einer Prüfung durch von der EU eingesetzte Sachverständige; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, sich weiterhin zu engagieren und die Lage genau zu beobachten, um eine kontinuierliche Finanzierung unter Wahrung von Neutralität, Transparenz und Rechenschaftspflicht sicherzustellen; hebt hervor, dass das UNRWA eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe für palästinensische Flüchtlinge spielt, was im Einklang mit dem Ziel der Union steht, politische, wirtschaftliche und soziale Reformen in der Region der Südlichen Nachbarschaft zu unterstützen, und bekräftigt die Forderung, die es in seiner Entschließung vom 20. Januar 2026 zu der humanitären Hilfe in einer Mehrfachkrise zum Ausdruck gebracht hat;

Or. en

Änderungsantrag 51
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. weist erneut darauf hin, dass die Palästinensische Behörde alle Bildungsmaterialien und -inhalte entfernen muss, die nicht den UNESCO-Standards entsprechen – insbesondere solche, die Antisemitismus im Sinne der von der Union gebilligten Klassifizierung der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken, Aufstachelung zu Gewalt, Hetze und Verherrlichung von Terrorismus enthalten; betont, dass die finanzielle Unterstützung der Palästinensischen Behörde durch die Union im Bildungsbereich unter der Bedingung gewährt werden sollte, dass die Inhalte der Schulbücher den UNESCO-Standards entsprechen und alle antisemitischen Bezüge gestrichen und Beispiele, die zu Hass und Gewalt aufstacheln, entfernt wurden, wie dies in den Entschließungen zu den Entlastungsbeschlüssen wiederholt gefordert wurde; weist auf die Ergebnisse des von der Union finanzierten Berichts des Georg Eckert-Instituts hin, in dem ein komplexes Bild der Schulbücher gezeichnet wurde; fordert den EAD auf, gemeinsam mit der Kommission dafür zu sorgen, dass keine Mittel der Union direkt oder indirekt bereitgestellt werden, um solche Unterrichtsmaterialien – einschließlich der von VN-Organisationen bereitgestellten – zu verfassen, im Unterricht zu verwenden oder palästinensischen Kindern zugänglich zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 52

Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. ist besorgt über den Bericht über mutmaßliche interne Hamas-Dokumente aus den Jahren 2018 bis 2022, die ursprünglich von der israelischen Armee im Gazastreifen gefunden und später freigegeben und über NGO Monitor verbreitet wurden und die mutmaßlich auf Versuche der Unterwanderung und Überwachung bei EU-finanzierten humanitären Projekten im Gazastreifen hindeuten; nimmt zur Kenntnis, dass sowohl die im Bericht genannten Organisationen als auch die Kommission die Behauptungen nachdrücklich zurückgewiesen haben und der Ansicht sind, dass es ihnen an stichhaltigen Beweisen mangelt; weist darauf hin, dass die EU im Einklang mit der Haushaltsordnung über ein solides Kontrollsystem verfügt, das Mechanismen zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht, zur Überprüfung im Sinne der Terrorismusbekämpfung und zur Überprüfung des Personals umfasst, die für alle Durchführungspartnern gelten; weist darauf hin, dass vor allem aufgrund der Forderungen des Europäischen Parlaments die Überprüfungsmechanismen seit 2023 weiter verstärkt wurden, unter anderem durch spezifische Prüfungen, Risikoanalysen und zusätzliche externe Kontrollen; betont, dass jede Behauptung über eine missbräuchliche Nutzung von EU-Steuergeldern sorgfältig überprüft werden sollte, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, alle Vorwürfe einer unzulässigen Unterwanderung und Einflussnahme bei EU-finanzierten humanitären Projekten in Hochrisikogebieten zu untersuchen und EU-Mittel auszusetzen oder zurückzufordern, wenn Verstöße bestätigt

werden; weist warnend darauf hin, dass in bewaffneten Konflikten Desinformation und Informationskrieg zu strategischen Zwecken gängige Praxis sind;

Or. en

Änderungsantrag 53
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 18 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18c. ist zutiefst besorgt über die jüngsten Berichte, die auf freigegebenen internen Dokumenten der Hamas beruhen und auf eine systematische Unterwanderung und Überwachung hindeuten, die häufig über mit der Hamas verbundene sogenannte „Garantiegeber“ internationaler nichtstaatlicher Organisationen erfolgt, die im Gazastreifen tätig sind, einschließlich Organisationen, die direkte EU-Mittel erhalten; betont, dass diese Enthüllungen Anlass zu ernsthaften Befürchtungen geben, dass Gelder der EU-Steuerzahler indirekt zugunsten einer als terroristisch eingestuften Organisation verwendet worden sein könnten, wodurch die Integrität der EU-Hilfe untergraben würde; fordert die Kommission nachdrücklich auf, alle Vorwürfe der Unterwanderung und unzulässigen Einflussnahme seitens der Hamas im Rahmen von EU-finanzierten humanitären Projekten im Gazastreifen unverzüglich und gründlich zu untersuchen und bei Bestätigung von Verstößen die EU-Finanzierung auszusetzen oder zurückzufordern; fordert die Kommission und den EAD auf, für nichtstaatliche Organisationen, die in Hochrisikogebieten wie dem Gazastreifen tätig sind, strengere Mechanismen für die

Überprüfung, Sorgfaltspflicht und Überwachung einzuführen, um Unterwanderungen durch terroristische Gruppen zu verhindern und sicherzustellen, dass EU-Gelder ausschließlich für legitime humanitäre Zwecke verwendet werden;

Or. en

Änderungsantrag 54
José Cepeda, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 18 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18c. stellt mit Besorgnis fest, dass mutmaßliche interne Dokumente der Hamas, die auf Versuche der Unterwanderung von EU-finanzierten humanitären Projekten im Gazastreifen hindeuten, mutmaßlich von der israelischen Armee in dem Gebiet gefunden und über NGO Monitor verbreitet wurden; stellt fest, dass die Behauptungen von der Kommission und den betroffenen Organisationen als unbegründet zurückgewiesen wurden; weist darauf hin, dass die EU seit 2023 über ein solides Kontrollsystem verfügt, das weiter gestärkt wurde; weist warnend auf die Risiken einer zur Erreichung strategischer Ziele betriebenen Kriegsführung mit Informationsmitteln hin und fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Beweise durch eine unabhängige Überprüfung zu untermauern und anschließend die Vorwürfe zu bewerten, bevor sie geeignete Folgemaßnahmen ergreift;

Or. en

Änderungsantrag 55

Ondřej Knotek, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. stellt anhand des Folgeberichts die fortlaufenden Bemühungen des EAD fest, den Dialog über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage, die Rechtsstaatlichkeit und die Korruptionsbekämpfung zu unterstützen sowie Demokratie und Menschenrechte in verschiedenen Ländern zu stärken; begrüßt, dass der EAD und die Delegationen der Union den Austausch mit Vertretern nationaler Verwaltungen und Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft, auf demokratische Regierungsführung, Menschenrechte und Medien spezialisierten Interessenträgern, den Sozialpartnern sowie internationalen und regionalen Organisationen fortsetzen; stellt fest, dass die Unterstützung von Menschenrechts- und Frauenrechtsverteidigern, einschließlich indigener Verteidiger, zu den zentralen Prioritäten des EAD im Einklang mit dem Aktionsplan der Union für Menschenrechte und Demokratie 2020–2027 gehört und durch eine Reihe von Tätigkeiten wie politische Dialoge, politische Berichterstattung, Public Diplomacy, multilaterale Foren sowie jährliche Berichte über die Umsetzung der Menschenrechte vorangebracht wird;	19. stellt anhand des Folgeberichts die fortlaufenden Bemühungen des EAD fest, den Dialog über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage, die Rechtsstaatlichkeit und die Korruptionsbekämpfung zu unterstützen sowie Demokratie und Menschenrechte in verschiedenen Ländern zu stärken; begrüßt, dass der EAD und die Delegationen der Union den Austausch mit Vertretern nationaler Verwaltungen und Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft, auf demokratische Regierungsführung, Menschenrechte und Medien spezialisierten Interessenträgern, den Sozialpartnern sowie internationalen und regionalen Organisationen fortsetzen; ***betont jedoch, dass die Zusammenarbeit von Drittländern im Bereich der Migration, einschließlich der Verhinderung irregulärer Migration, eines wirksamen Grenzmanagements und der Rückübernahme ihrer eigenen Staatsangehörigen, ein Kernziel des auswärtigen Handelns der Union sein muss; betont, dass diese Zusammenarbeit ein wichtiges Element bei der Entwicklung und Umsetzung von Partnerschaften, dem politischen Dialog und der Zuweisung von EU-Mitteln und Anreizen sein sollte;*** stellt fest, dass die Unterstützung von Menschenrechts- und Frauenrechtsverteidigern, einschließlich indigener Verteidiger, zu den zentralen Prioritäten des EAD im Einklang mit dem Aktionsplan der Union für Menschenrechte und Demokratie 2020–2027 gehört und durch eine Reihe von Tätigkeiten wie politische Dialoge, politische Berichterstattung, Public Diplomacy, multilaterale Foren sowie jährliche Berichte über die Umsetzung der Menschenrechte vorangebracht wird;

Änderungsantrag 56
José Cepeda, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. stellt anhand des Folgeberichts die fortlaufenden Bemühungen des EAD fest, den Dialog über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage, die Rechtsstaatlichkeit und die Korruptionsbekämpfung zu unterstützen sowie Demokratie und Menschenrechte in verschiedenen Ländern zu stärken; begrüßt, dass der EAD und die Delegationen der Union den Austausch mit Vertretern nationaler Verwaltungen und Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft, auf demokratische Regierungsführung, Menschenrechte und Medien spezialisierten Interessenträgern, den Sozialpartnern sowie internationalen und regionalen Organisationen fortsetzen; stellt fest, dass die Unterstützung von Menschenrechts- und Frauenrechtsverteidigern, einschließlich indigener Verteidiger, zu den zentralen Prioritäten des EAD im Einklang mit dem Aktionsplan der Union für Menschenrechte und Demokratie 2020–2027 gehört und durch eine Reihe von Tätigkeiten wie politische Dialoge, politische Berichterstattung, Public Diplomacy, multilaterale Foren sowie jährliche Berichte über die Umsetzung der Menschenrechte vorangebracht wird;	19. stellt anhand des Folgeberichts die fortlaufenden Bemühungen des EAD fest, den Dialog über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage, die Rechtsstaatlichkeit und die Korruptionsbekämpfung zu unterstützen sowie Demokratie und Menschenrechte in verschiedenen Ländern zu stärken; begrüßt, dass der EAD und die Delegationen der Union den Austausch mit Vertretern nationaler Verwaltungen und Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft, auf demokratische Regierungsführung, Menschenrechte und Medien spezialisierten Interessenträgern, den Sozialpartnern sowie internationalen und regionalen Organisationen fortsetzen; stellt fest, dass die Unterstützung von Menschenrechts- und Frauenrechtsverteidigern, einschließlich indigener Verteidiger, zu den zentralen Prioritäten des EAD im Einklang mit dem Aktionsplan der Union für Menschenrechte und Demokratie 2020–2027 gehört und durch eine Reihe von Tätigkeiten wie politische Dialoge, politische Berichterstattung, Public Diplomacy, multilaterale Foren sowie jährliche Berichte über die Umsetzung der Menschenrechte vorangebracht wird; ***fordert den EAD und die Unionsdelegationen auf, ihre hervorragende Arbeit mit Blick auf die Bereitstellung von Hilfe und logistischer und technologischer Unterstützung für Menschenrechtsverteidiger sowie die Zusammenarbeit mit ihnen im Einklang mit den EU-Leitlinien zu***

Menschenrechtsverteidigern zu verstärken, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Frauen zu legen ist;

Or. en

Änderungsantrag 57
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. bedauert, dass es nach wie vor keinen europäischen Koordinator für die Bekämpfung von Christenfeindlichkeit gibt, obwohl es spezielle Koordinatoren für die Bekämpfung von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit gibt; stellt fest, dass dieses institutionelle Ungleichgewicht die Kohärenz und Glaubwürdigkeit des Ansatzes der EU zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit untergräbt; erinnert daran, dass weltweit mehr als 380 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens Diskriminierungen, Verfolgungen oder gewalttätigen Angriffen ausgesetzt sind; fordert die Kommission und den EAD auf, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten dafür zu sorgen, dass allen Formen religiösen Hasses, auch dem antichristlichen Hass, gleiche politische Aufmerksamkeit, Koordinierung und Rechenschaftspflicht zukommen, und dem Parlament über die diesbezüglich getroffenen Maßnahmen und zugewiesenen Mittel Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 58
Ondřej Knotek, Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. bedauert, dass die Union zwar Koordinatoren für die Bekämpfung von Antisemitismus und Islamophobie ernannt hat, es jedoch derzeit keinen gleichwertigen Koordinator für die Bekämpfung von Diskriminierung von und Hass gegen Christen gibt; ist der Ansicht, dass dieser Mangel diskriminierend ist, und fordert, dass allen Formen religiöser Intoleranz die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt wird;

Or. en

Änderungsantrag 59
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. stellt anhand des Fragebogens fest, dass der im Jahr 2023 eingerichtete Dienst für Corporate Governance (CGS) eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Verwaltung des EAD spielt, indem er die Ausarbeitung der jährlichen Managementpläne und der jährlichen Tätigkeitsberichte des EAD unterstützt, die Risikomanagementprozesse stärkt, systemische bereichsübergreifende Probleme in den Delegationen der Union angeht und das Konzept „Eine Delegation“ umsetzt, das darauf abzielt, die Zersplitterung von Management- und Berichterstattungsstrukturen zu verringern und wiederkehrende Probleme sowie bewährte Verfahren in der Zentrale und in den Delegationen der Union zu dokumentieren;	20. stellt anhand des Fragebogens fest, dass der im Jahr 2023 eingerichtete Dienst für Corporate Governance (CGS) eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Verwaltung des EAD spielt, indem er die Ausarbeitung der jährlichen Managementpläne und der jährlichen Tätigkeitsberichte des EAD unterstützt, die Risikomanagementprozesse stärkt, systemische bereichsübergreifende Probleme in den Delegationen der Union angeht und das Konzept „Eine Delegation“ umsetzt, das darauf abzielt, die Zersplitterung von Management- und Berichterstattungsstrukturen zu verringern und wiederkehrende Probleme sowie bewährte Verfahren in der Zentrale und in den Delegationen der Union zu dokumentieren; ***fordert den EAD auf, die vom Europäischen Rechnungshof***

aufgezeigten Schwachstellen bei den internen Kontrollen und der Dokumentenverwaltung rasch zu beheben, um die Integrität des Informationsmanagements zu verbessern und eine einheitliche Berichterstattung in allen EU-Delegationen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 60
Dick Erixon, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts und des Fragebogens die vom EAD unternommenen Anstrengungen in Richtung einer feministischen Diplomatie fest, ungeachtet der Tatsache, dass den Mitgliedstaaten die Hauptrolle bei der Festlegung der Leitlinien für das auswärtige Handeln der Union zukommt; begrüßt insbesondere die Maßnahmen zur Beschleunigung der Umsetzung der Verpflichtungen der Union im Rahmen des Aktionsplans zur Gleichstellung der Geschlechter (GAP) III; stellt fest, dass die Botschafterin der Union für Geschlechtergleichstellung und Vielfalt sich für die Einbeziehung einer Geschlechterperspektive in Menschenrechtsdialoge sowie in zentrale multilaterale Erklärungen und Resolutionen eingesetzt hat; stellt ferner fest, dass geschlechtergerechte Führung nach wie vor ein zentrales Element der Institutionalisierung des Gender Mainstreamings darstellte; begrüßt in diesem Zusammenhang die Einrichtung von Anlaufstellen für Gleichstellungsfragen im November 2024; stellt fest, dass der GAP III im Jahr 2027 ausläuft, und fordert den EAD in diesem	***entfällt***

Zusammenhang nachdrücklich auf, einen ehrgeizigeren Aktionsplan GAP IV auszuarbeiten, in dem eine stärkere Verknüpfung zwischen den Frauenrechten und der Stärkung der Rolle der Frau und der Außen- und Sicherheitspolitik der Union hergestellt wird und der ab 2028 umgesetzt werden könnte;

Or. en

Änderungsantrag 61
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach die EU und ihre Organe die Solidarität und die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern müssen; fordert das Organ auf, davon abzusehen, die Geschlechter- und Wokenessideologie zu fördern, zu verbreiten und zu unterstützen, und stattdessen den Vertrag und seine Bestimmungen sowie die jeweilige nationale Identität der Mitgliedstaaten zu achten, die in ihren grundlegenden Strukturen, ihrer Geschichte, ihrer Religion und ihren Traditionen zum Ausdruck kommt;

Or. en

Änderungsantrag 62
Dick Erixon, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

22. betont, dass die Union die Mittel aufstocken muss, um die eigens für die Gleichstellung der Geschlechter und die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit eingerichtete Haushaltslinie im Rahmen des außenpolitischen Handelns der Union zu stärken, damit Initiativen zur Förderung einer geschlechtergerechten Führung, zum Schutz der Rechte von Frauen und zur Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikt- und Postkonfliktsituationen kohärent finanziert werden; betont, dass eine solche Finanzierung von wesentlicher Bedeutung ist, um lokale Organisationen der Zivilgesellschaft zu unterstützen, auf Überlebende ausgerichtete Hilfe zu leisten und Geschlechterperspektiven in die diplomatischen und sicherheitspolitischen Bemühungen der Union einzubeziehen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 63
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betrachtet Wahlbeobachtungsmissionen als ein praktisches und wirksames außenpolitisches Instrument, das für die Politik und die Strategien der Union zur Unterstützung der Demokratie nach wie vor von zentraler Bedeutung ist; stellt anhand des Folgeberichts fest, dass der EAD nicht die Absicht hat, seine Beobachtungstätigkeit auf Bewerber- und Nachbarländer auszuweiten, da diese Länder durch Wahlbeobachtungsmissionen unter der Leitung des Büros für demokratische Institutionen und	23. betrachtet Wahlbeobachtungsmissionen als ein praktisches und wirksames außenpolitisches Instrument, das für die Politik und die Strategien der Union zur Unterstützung der Demokratie nach wie vor von zentraler Bedeutung ist; stellt anhand des Folgeberichts fest, dass der EAD nicht die Absicht hat, seine Beobachtungstätigkeit auf Bewerber- und Nachbarländer auszuweiten, da diese Länder durch Wahlbeobachtungsmissionen unter der Leitung des Büros für demokratische Institutionen und

Menschenrechte der OSZE (ODIHR) angemessen abgedeckt werden, das eine der Methodik der Union ähnliche Methodik anwendet und häufig auf Sachverständige aus demselben Fachkräftepool zurückgreift; bekräftigt gleichwohl seine Aufforderung an die Union, für eine angemessene Ausstattung der Wahlbeobachtungsmissionen der Union mit Ressourcen zu sorgen;	Menschenrechte der OSZE (ODIHR) angemessen abgedeckt werden, das eine der Methodik der Union ähnliche Methodik anwendet und häufig auf Sachverständige aus demselben Fachkräftepool zurückgreift; bekräftigt gleichwohl seine Aufforderung an die Union, für eine angemessene Ausstattung der Wahlbeobachtungsmissionen der Union mit Ressourcen zu sorgen***, einschließlich Fachwissen über die Integrität von Online-Informationen und über Risiken der Einflussnahme bei Wahlbeobachtungsmethoden***;

Or. en

Änderungsantrag 64
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. weist darauf hin, dass das Parlament im Jahr 2021 ***ein*** Pilotprojekt „Auf dem Weg zur Schaffung der Europäischen Diplomatischen Akademie“ (EUDA) ***vorgeschlagen*** hat, mit dem Ziel, ***eine kritische Masse europäischer Diplomaten auszubilden, die in den Außenbeziehungen und der Sicherheitspolitik der Union geschult sind, sowie*** eine europäische diplomatische Kultur zu fördern***, die darauf abzielt, die Rolle der Union als wirksamer außenpolitischer Akteur zu stärken***; ***stellt fest, dass in der ersten Phase dieses Pilotprojekts, das sich auf das akademische Jahr 2022–2023 erstreckte, 42 junge Diplomaten teilnahmen, während in der zweiten Phase, die sich auf das akademische Jahr 2023–2024 erstreckte, 50 Teilnehmer teilnahmen; stellt fest, dass die zweite Phase aus zwei identischen viermonatigen***	25. weist darauf hin, dass das Parlament im Jahr 2021 ***das*** Pilotprojekt „Auf dem Weg zur Schaffung der Europäischen Diplomatischen Akademie“ (EUDA) ***auf den Weg gebracht*** hat, mit dem Ziel, eine ***wirklich*** europäische diplomatische Kultur zu fördern ***und die strategische Präsenz der Union weltweit zu stärken***; ***nimmt die erfolgreiche Teilnahme an beiden Pilotphasen zur Kenntnis und*** fordert den EAD ***nachdrücklich*** auf, der Entlastungsbehörde ***den vollständigen Bewertungsbericht sowie alle damit verbundenen Beschaffungs- und Vertragsunterlagen*** vorzulegen***, um vollständige Transparenz hinsichtlich der im Zeitraum 2022-2024 ausgegebenen 1,8 Mio. EUR sicherzustellen***;

Kursdurchläufen bestand, an die sich eine einmonatige Ausbildungsstation an der Zentrale des EAD in Brüssel anschloss; stellt fest, dass die Kurse und das Ausbildungsprogramm von einem akademischen Konsortium umgesetzt wurden, das aus dem College of Europe in Belgien (Brügge) und Polen (Natolin) bestand; stellt anhand des Fragebogens fest, dass das College of Europe im Einklang mit dem Dienstleistungsvertrag EEAS/2022/OP/0168-2023 einen Abschlussbericht mit einer Bewertung der zweiten Phase des Pilotprojekts erstellt hat; fordert den EAD auf, der Entlastungsbehörde ***diesen Bericht*** vorzulegen; ***stellt anhand des Berichts des EAD über den Jahresabschluss für die Jahre 2022, 2023 und 2024 fest, dass der EAD im Zusammenhang mit der Haushaltsausführung der Pilotphasen der EUDA im Jahr 2022 Zahlungen in Höhe von 831 000 EUR, im Jahr 2023 in Höhe von 120 000 EUR und im Jahr 2024 in Höhe von 862 000 EUR geleistet hat; fordert den EAD auf, dem Parlament im Rahmen des Entlastungsverfahrens Kopien aller Unterlagen in Bezug auf durchgeführte Vergabeverfahren, unterzeichnete Verträge und Zahlungen im Zusammenhang mit Phase 1 und Phase 2 des EUDA-Pilotprojekts zur Verfügung zu stellen;***

Or. en

Änderungsantrag 65
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. stellt ferner fest, dass der Rat am 21. Mai 2024 auf der Grundlage der in den Pilotphasen gewonnenen Erfahrungen und	26. stellt ferner fest, dass der Rat am 21. Mai 2024 auf der Grundlage der in den Pilotphasen gewonnenen Erfahrungen und

entwickelten Strukturen einen Beschluss zur Einrichtung einer vollwertigen EUDA für vier akademische Jahre ab dem akademischen Jahr 2024-2025 angenommen hat, ***wobei die Kurs- und Ausbildungsaktivitäten dem*** College of Europe ***übertragen wurden, während die EUDA unter der Verantwortung der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin tätig sein wird, die von einem*** Lenkungsausschuss ***beraten wird, der sich aus je einem von jedem Mitgliedstaat benannten Vertreter sowie*** Vertretern des Parlaments, des Rates und der Kommission zusammensetzt; ***entnimmt diesem Beschluss, dass ein vorgesehener Betrag von 1,72 Mio. EUR den Zeitraum*** vom 1. Juli 2024 bis zum 30. Juni 2025 ***abdecken soll***, wobei die Verwaltung der ***mit der EUDA verbundenen*** Ausgaben ***von*** der Kommission ***über den*** Dienst für außenpolitische Instrumente ***überwacht wird***;

entwickelten Strukturen einen Beschluss zur Einrichtung einer vollwertigen EUDA für vier akademische Jahre ab dem akademischen Jahr 2024-2025 angenommen hat***; betont, dass die Einrichtung der EUDA einen strategischen Schritt zur Stärkung der diplomatischen Kapazitäten der Union und zur Entwicklung einer wirklich europäischen diplomatischen Kultur darstellt; stellt fest, dass das*** College of Europe ***mit der Durchführung des Ausbildungsprogramms betraut wurde, während die Gesamtleitung von einem*** Lenkungsausschuss ***wahrgenommen wird, der sich aus*** Vertretern ***aller Mitgliedstaaten,*** des Parlaments, des Rates und der Kommission zusammensetzt; ***stellt fest, dass für das erste akademische Jahr*** (vom 1. Juli 2024 bis zum 30. Juni 2025***) 1,72 Mio. EUR bereitgestellt wurden***, wobei die Verwaltung der Ausgaben ***durch den bei*** der Kommission ***angesiedelten*** Dienst für außenpolitische Instrumente ***erfolgt***;

Or. en

Änderungsantrag 66
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. stellt fest, dass der EAD nach der Einrichtung des Dienstes für Corporate Governance (CGS) im Jahr 2023 seinen Rahmen für die interne Kontrolle im Jahr 2024 aktualisiert hat, um der Rolle des Chief Governance Officer Rechnung zu tragen und einen Überwachungsmechanismus für interne Kontrollen einzuführen; entnimmt dem Fragebogen, dass der Rahmen für die interne Kontrolle des EAD an den der Kommission angeglichen ist; stellt fest,	27. stellt fest, dass der EAD nach der Einrichtung des Dienstes für Corporate Governance (CGS) im Jahr 2023 seinen Rahmen für die interne Kontrolle im Jahr 2024 aktualisiert hat, um der Rolle des Chief Governance Officer Rechnung zu tragen und einen Überwachungsmechanismus für interne Kontrollen einzuführen; entnimmt dem Fragebogen, dass der Rahmen für die interne Kontrolle des EAD an den der Kommission angeglichen ist; stellt fest,

dass der EAD im Jahr 2024 zusätzlich zur jährlichen Standardbewertung seines internen Kontrollsystems eine Umfrage unter 167 Befragten/Mitarbeitern durchgeführt hat, die alle mit Zuständigkeiten der nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten betraut waren, während die Ergebnisse dieser Umfrage auf der Ebene der höheren Führungsebene im Internen Kontrollausschuss des EAD erörtert werden; stellt fest, dass in dieser Umfrage ***185*** Bereiche hervorgehoben wurden, die Aufmerksamkeit erfordern, insbesondere im Hinblick auf Herausforderungen, mit denen die Delegationen der Union konfrontiert sind, wie das Bewusstsein für interne Kontrollen und Risikomanagement, die Einstellung und Bindung von qualifiziertem Personal und IT-Diensten; begrüßt, dass der EAD einen Aktionsplan ausgearbeitet hat, um bestehende Problembereiche zu beheben und potenzielle Risiken proaktiv anzugehen; fordert den Ausschuss auf, die Entlastungsbehörde diesbezüglich laufend zu informieren;	dass der EAD im Jahr 2024 zusätzlich zur jährlichen Standardbewertung seines internen Kontrollsystems eine Umfrage unter 167 Befragten/Mitarbeitern durchgeführt hat, die alle mit Zuständigkeiten der nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten betraut waren, während die Ergebnisse dieser Umfrage auf der Ebene der höheren Führungsebene im Internen Kontrollausschuss des EAD erörtert werden; stellt fest, dass in dieser Umfrage ***183*** Bereiche hervorgehoben wurden, die Aufmerksamkeit erfordern, insbesondere im Hinblick auf Herausforderungen, mit denen die Delegationen der Union konfrontiert sind, wie das Bewusstsein für interne Kontrollen und Risikomanagement, die Einstellung und Bindung von qualifiziertem Personal und IT-Diensten; begrüßt, dass der EAD einen Aktionsplan ausgearbeitet hat, um bestehende Problembereiche zu beheben und potenzielle Risiken proaktiv anzugehen; fordert den Ausschuss auf, die Entlastungsbehörde diesbezüglich laufend zu informieren;

Or. en

Änderungsantrag 67
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. stellt fest, dass der EAD insgesamt 2 902 Mitarbeiter beschäftigte, darunter 1 268 Beamte, 442 Bedienstete auf Zeit, 619 Vertragsbedienstete und 573 abgeordnete nationale Sachverständige, verglichen mit 2 812 Mitarbeitern, darunter 1 245 Beamte, 450 Bedienstete auf Zeit, 603 Vertragsbedienstete und 514 ANS im Jahr 2023; weist erneut darauf hin, dass es	35. stellt fest, dass der EAD ***– Ortskräfte nicht berücksichtigt –*** insgesamt 2 902 Mitarbeiter beschäftigte, darunter 1 268 Beamte, 442 Bedienstete auf Zeit, 619 Vertragsbedienstete und 573 abgeordnete nationale Sachverständige, verglichen mit 2 812 Mitarbeitern, darunter 1 245 Beamte, 450 Bedienstete auf Zeit, 603 Vertragsbedienstete und 514 ANS im

wichtig ist, unbefristete Arbeitsverträge bereitzustellen, um Kompetenzen zu erhalten sowie Kontinuität und ein produktives Arbeitsumfeld sicherzustellen;	Jahr 2023; weist erneut darauf hin, dass es wichtig ist, unbefristete Arbeitsverträge bereitzustellen, um Kompetenzen zu erhalten sowie Kontinuität und ein produktives Arbeitsumfeld sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 68
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. stellt anhand des EAD-Berichts 2024 fest, dass von insgesamt 5 355 beim EAD beschäftigten Personen Ende 2024 47 % in der Zentrale des EAD und 53 % in den Delegationen der Union tätig waren, darunter 1 622 örtliche Bedienstete in den Delegationen der Union; stellt fest, dass während der Anhörung Abgeordnete Bedenken hinsichtlich der angeblichen Entlassung von Ortskräften in bestimmten Delegationen der Union ohne gebührende Beachtung des lokalen Arbeitsrechts geäußert haben; stellt fest, dass die Mitglieder des Haushaltskontrollausschusses (CONT) im Anschluss an diese Anhörung zusätzliche schriftliche Fragen übermittelt haben; stellt anhand der Antworten des EAD auf diese Fragen (im Folgenden „zweite Fragebogen“) fest, dass die Projektgruppe der Kommission für auswärtiges Handeln am 14. Mai 2025 ein Projekt zur Modernisierung des Netzes der Delegationen der Union gebilligt hat; stellt fest, dass die Umsetzung dieses Projekts unter anderem die Zentralisierung der Finanz-, Vertrags- und Prüffunktionen für die sechs Delegationen der Union im westlichen Balkan am Sitz der Generaldirektion Erweiterung und östliche Nachbarschaft (GD ENEST) sowie eine Verringerung der Zahl der mit Finanz- und	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Vertragsaufgaben betrauten Mitarbeiter in diesen Delegationen der Union umfasst, auf der Grundlage von Bewertungen, die in Konsultation mit Rechtsberatern durchgeführt wurden; stellt fest, dass der EAD in Bezug auf die Abfindungsregelungen geltend macht, dass sämtliche Rechte nach lokalem Recht sowie nach den internen Vorschriften der Union gewahrt wurden, wobei die finanziellen Pakete bei betriebsbedingten Kündigungen jeweils die günstigeren der nach lokalem Recht bzw. nach den Vorschriften der Union vorgesehenen Regelungen darstellen, ungeachtet der von den Ortskräfte in den betroffenen Delegationen der Union geäußerten Bedenken; stellt ferner fest, dass der EAD in Zusammenarbeit mit der Kommission eng mit lokalen Anwaltskanzleien zusammenarbeitet, die zu allen einschlägigen lokalen rechtlichen Anforderungen beraten, um so sicherzustellen, dass das Entlassungsverfahren in voller Übereinstimmung mit dem anwendbaren lokalen Arbeitsrecht umgesetzt wird; fordert den EAD auf, die Vertretung der Ortskräfte bei der Ausarbeitung von Entlassungsplänen für Ortskräfte umfassend zu konsultieren; stellt mit Besorgnis anhand der Antworten auf den Fragebogen fest, dass bei einer Verlegung einer Delegation der Union in ein anderes Land, etwa im Falle einer Evakuierung (z. B. Verlegung einer Außenstelle aus dem Sudan nach Ägypten), die im Ursprungsland beschäftigten Ortskräfte entlassen werden und ohne Sicherheitsvorkehrungen zurückbleiben; fordert den EAD auf, tragfähige Lösungen für die Sicherheit und den Schutz der Ortskräfte zu finden, die den Delegationen der Union loyal gedient haben;

Or. en

Änderungsantrag 69

Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. ist zutiefst besorgt über Berichte, wonach es keinen ausreichenden sozialen Dialog gibt und geschützte Personalvertreter zu den Ortskräften gehören, die von Entlassungen in bestimmten Unionsdelegationen betroffen sind; weist darauf hin, dass die Einhaltung des lokalen Arbeitsrechts, die Verpflichtungen im Rahmen des sozialen Dialogs und der Schutz der Personalvertreter wesentliche Elemente einer soliden Verwaltung und der Glaubwürdigkeit der Union als Arbeitgeber sind;

Or. en

Änderungsantrag 70
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 36 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36b. betont, dass vor jeder Umstrukturierung, Verlagerung oder Entlassung, von der Ortskräfte betroffen sind, eine substanzielle Konsultation der Personalvertreter stattfinden muss und dass zugleich konkrete Maßnahmen zum Schutz der Rechte, der Sicherheit und der Würde der Ortskräfte ergriffen werden müssen, insbesondere in Krisen- oder Evakuierungssituationen; fordert den EAD auf, die Kostenwirksamkeit des Personalabbaus im Vergleich zu alternativen organisatorischen Lösungen zu bewerten und der Entlastungsbehörde

darüber Bericht zu erstatten, einschließlich der langfristigen finanziellen, operativen und reputationsbezogenen Auswirkungen von Entlassungen, die Ortskräfte betreffen;

Or. en

Änderungsantrag 71
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. stellt fest, dass im Jahr 2024 46,60 % aller beim EAD Beschäftigten Frauen waren (gegenüber 46,80 % im Jahr 2023); stellt in Bezug auf die Vertretung von Frauen und die von ihnen im EAD im Jahr 2024 besetzten Stellen fest, dass 40 % Administratorinnen, 63,78 % Assistentinnen, 73,25 % Assistenzsekretärinnen, 56,70 % Vertragsbedienstete und 26,87 % abgeordnete nationale Sachverständige waren; stellt mit Zufriedenheit anhand des EAD-Berichts 2024 die Bemühungen des Organs fest, eine stärkere Vertretung von Frauen in Führungspositionen zu erreichen; stellt in diesem Zusammenhang einen Aufwärtstrend bei den oberen Führungsebenen fest, mit einem Frauenanteil von 37,30 % im Jahr 2024 (gegenüber 31 % im Jahr 2023), jedoch einen leichten Rückgang bei den mittleren Führungsebenen, mit einem Frauenanteil von 38,70 % im Jahr 2024 (gegenüber 40,40 % im Jahr 2023); begrüßt den Anstieg des Frauenanteils bei den Delegationsleitern von 35,50 % im Jahr 2023 auf 36,10 % im Jahr 2024;	37. stellt fest, dass im Jahr 2024 46,60 % aller beim EAD Beschäftigten Frauen waren (gegenüber 46,80 % im Jahr 2023); stellt in Bezug auf die Vertretung von Frauen und die von ihnen im EAD im Jahr 2024 besetzten Stellen fest, dass 40 % Administratorinnen, 63,78 % Assistentinnen, 73,25 % Assistenzsekretärinnen, 56,70 % Vertragsbedienstete und 26,87 % abgeordnete nationale Sachverständige waren; stellt mit Zufriedenheit anhand des EAD-Berichts 2024 die Bemühungen des Organs fest, eine stärkere Vertretung von Frauen in Führungspositionen zu erreichen; stellt in diesem Zusammenhang einen Aufwärtstrend bei den oberen Führungsebenen fest, mit einem Frauenanteil von 37,30 % im Jahr 2024 (gegenüber 31 % im Jahr 2023), jedoch einen leichten Rückgang bei den mittleren Führungsebenen, mit einem Frauenanteil von 38,70 % im Jahr 2024 (gegenüber 40,40 % im Jahr 2023); begrüßt den Anstieg des Frauenanteils bei den Delegationsleitern von 35,50 % im Jahr 2023 auf 36,10 % im Jahr 2024; ***begrüßt den allmählichen Anstieg der Zahl der Frauen in Führungspositionen innerhalb des EAD, stellt jedoch fest, dass Frauen auf AD-Ebene nach wie vor unterrepräsentiert und auf AST-Ebene***

überrepräsentiert sind und dass weder in der Zentrale noch in den Delegationen der Union in mittleren und höheren Führungspositionen bislang ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis erreicht wurde; betont, dass zwar für Chancengleichheit für die Beschäftigten innerhalb der Organe gesorgt werden muss, zugleich aber die Exzellenz und Professionalität innerhalb des EAD gewahrt bleiben müssen;

Or. en

Änderungsantrag 72
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. stellt anhand des Folgeberichts die Bemühungen des EAD fest, zusätzliche Bewerbungen aus dem unterrepräsentierten Geschlecht zu mobilisieren; begrüßt in diesem Zusammenhang die Durchführung von vier Schulungen für Führungskräfte zur geschlechtergerechten Führung, die 80 % der oberen Führungskräfte des EAD erreichten, sowie eines vollständigen ***viermonatigen*** Programms zur geschlechtergerechten Führung für ***18*** Führungskräfte aus den Delegationen der Union im Jahr 2024; stellt ferner fest, dass der EAD sein neues Netzwerk von Anlaufstellen für Gleichstellungsfragen eingerichtet und eine Taskforce zur Istanbul-Konvention geschaffen hat, die im Jahr 2024 einen Zwischenbericht mit einem Aktionsplan vorlegte; nimmt die Arbeit der EU-Botschafterin für Gleichstellung und Vielfalt zur Kenntnis, mit der eine Geschlechterperspektive in Menschenrechtsdialoge sowie in zentrale multilaterale Erklärungen und Resolutionen integriert wird; fordert den EAD auf, nach wie vor über die neuesten	38. stellt anhand des Folgeberichts die Bemühungen des EAD fest, zusätzliche Bewerbungen aus dem unterrepräsentierten Geschlecht zu mobilisieren; begrüßt in diesem Zusammenhang die Durchführung von vier Schulungen für Führungskräfte zur geschlechtergerechten Führung, die 80 % der oberen Führungskräfte des EAD erreichten, sowie eines vollständigen Programms ***von 29 Stunden über einen Zeitraum von vier Monaten*** zur geschlechtergerechten Führung für ***13*** Führungskräfte***, darunter vier*** aus den Delegationen der Union***,*** im Jahr 2024; stellt ferner fest, dass der EAD sein neues Netzwerk von Anlaufstellen für Gleichstellungsfragen eingerichtet und eine Taskforce zur Istanbul-Konvention geschaffen hat, die im Jahr 2024 einen Zwischenbericht mit einem Aktionsplan vorlegte; nimmt die Arbeit der EU-Botschafterin für Gleichstellung und Vielfalt zur Kenntnis, mit der eine Geschlechterperspektive in Menschenrechtsdialoge sowie in zentrale multilaterale Erklärungen und

Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter (GAP) für den Zeitraum 2021–2025 sowie über die Maßnahmen zur weiteren Förderung der Beteiligung von Frauen an allen diplomatischen und politischen Dialogen zu berichten;	Resolutionen integriert wird; fordert den EAD auf, nach wie vor über die neuesten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter (GAP) für den Zeitraum 2021–2025 sowie über die Maßnahmen zur weiteren Förderung der Beteiligung von Frauen an allen diplomatischen und politischen Dialogen zu berichten;

Or. en

Änderungsantrag 73
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. ***nimmt die Bemühungen des*** EAD ***zur Kenntnis, eine vielfältige und repräsentative Belegschaft zu schaffen; begrüßt, dass alle Mitgliedstaaten im Personal des EAD vertreten sind; bedauert jedoch, dass bestimmte Ungleichgewichte nach wie vor fortbestehen, da einige Mitgliedstaaten überrepräsentiert sind; stellt fest, dass Ende 2024 drei Mitgliedstaaten (im Jahr 2025 ein Mitgliedstaat) nach wie vor keinen Botschafter der Union stellten, während Botschafter aus fünf Mitgliedstaaten 56 % aller 144 Botschafterstellen*** der Union ***innehatten (gegenüber 54 % im Jahr 2023); bekräftigt seine Aufforderung an den*** EAD***, weiterhin in seiner gesamten Organisation und auf allen Ebenen*** für geografische Ausgewogenheit ***zu sorgen***; fordert die gezielte ***Suche nach Beschäftigten sowie die Förderung von Einstellungsverfahren*** in unterrepräsentierten ***Ländern***;	39. ***stellt mit Besorgnis fest, dass im*** EAD ***nach wie vor weder geografische Ausgewogenheit noch regionale Vielfalt herrscht, und zwar weder bei Führungspositionen noch in wichtigen Funktionen in der Zentrale*** ; ***betont, dass ein diplomatischer Dienst der EU die Vielfalt*** der Union ***widerspiegeln muss, um die Legitimität, die lokalen Kenntnisse und die Wirksamkeit zu stärken***; ***fordert den*** EAD ***auf, einen mit Fristen versehenen Aktionsplan*** für geografische Ausgewogenheit ***und Vielfalt anzunehmen***; fordert ***den EAD auf, in Zusammenarbeit mit dem EPSO und den für die Einstellungsstrategie zuständigen Dienststellen der Kommission*** die gezielte ***Öffentlichkeitsarbeit*** in unterrepräsentierten ***Mitgliedstaaten zu verstärken (einschließlich Informations- und Rekrutierungsveranstaltungen in „Fokusländern“), den Nachwuchs durch Praktika, Programme für junge Fachkräfte und strukturierte Entsendungen zu fördern und die Fairness bei internen Auswahlverfahren durch vielfältige Auswahlgremien,***

transparente Kriterien und Mentoring/Sponsoring für unterrepräsentierte Gruppen zu verbessern; ***weist darauf hin, dass die Einstellung leistungsorientiert und im Einklang mit dem EU-Recht erfolgen muss;***

Or. en

Änderungsantrag 74
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. nimmt die Bemühungen des EAD zur Kenntnis, eine vielfältige und repräsentative Belegschaft zu schaffen; begrüßt, dass alle Mitgliedstaaten im Personal des EAD vertreten sind; bedauert jedoch, dass bestimmte Ungleichgewichte nach wie vor fortbestehen, da einige Mitgliedstaaten überrepräsentiert sind; stellt fest, dass Ende 2024 drei Mitgliedstaaten (im Jahr 2025 ein Mitgliedstaat) nach wie vor keinen Botschafter der Union stellten, während Botschafter aus fünf Mitgliedstaaten 56 % aller 144 Botschafterstellen der Union innehatten (gegenüber 54 % im Jahr 2023); bekräftigt seine Aufforderung an den EAD, weiterhin in seiner gesamten Organisation und auf allen Ebenen für geografische Ausgewogenheit zu sorgen; fordert die gezielte Suche nach Beschäftigten sowie die Förderung von Einstellungsverfahren in unterrepräsentierten Ländern;	39. nimmt die Bemühungen des EAD zur Kenntnis, eine vielfältige und repräsentative Belegschaft zu schaffen; begrüßt, dass alle Mitgliedstaaten im Personal des EAD vertreten sind; bedauert jedoch, dass bestimmte Ungleichgewichte nach wie vor fortbestehen, da einige Mitgliedstaaten überrepräsentiert sind;
	stellt mit Bedauern fest, dass Untersuchungen zur geografischen Aufschlüsselung der Staatsangehörigkeit der Bediensteten des EAD zeigen, dass mehrere Mitgliedstaaten, insbesondere in den östlichen und zentralen Regionen, bei Führungskräften der Kategorie AD und

Delegationsleitern nach wie vor unterrepräsentiert sind, obwohl sie einen erheblichen Anteil der EU-Bevölkerung ausmachen;

stellt fest, dass Ende 2024 drei Mitgliedstaaten (im Jahr 2025 ein Mitgliedstaat) nach wie vor keinen Botschafter der Union stellten, während Botschafter aus fünf Mitgliedstaaten 56 % aller 144 Botschafterstellen der Union innehatten (gegenüber 54 % im Jahr 2023); bekräftigt seine Aufforderung an den EAD, weiterhin in seiner gesamten Organisation und auf allen Ebenen für geografische Ausgewogenheit zu sorgen; fordert die gezielte Suche nach Beschäftigten sowie die Förderung von Einstellungsverfahren in unterrepräsentierten Ländern;

Or. en

Änderungsantrag 75
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. nimmt mit Zufriedenheit die Maßnahmen zur Kenntnis, die der EAD im Jahr 2024 im Rahmen seiner Agenda für Vielfalt und Inklusion 2023–2025 ergriffen hat, insbesondere gezielte Maßnahmen in Bezug auf Geschlecht, ethnische Herkunft, Behinderung, Alter und LGBTIQ+-Personen; ***stellt mit Zufriedenheit die Maßnahmen fest, die der EAD im Jahr 2024 im Rahmen seiner Agenda für Vielfalt und Inklusion 2023–2025 ergriffen hat, insbesondere gezielte Maßnahmen in Bezug auf Geschlecht, ethnische Herkunft, Behinderung, Alter und LGBTIQ+-Personen;*** lobt ferner den EAD dafür, seinen Aktionsfahrplan für Menschen mit Behinderungen aktualisiert,	43. nimmt mit Zufriedenheit die Maßnahmen zur Kenntnis, die der EAD im Jahr 2024 im Rahmen seiner Agenda für Vielfalt und Inklusion 2023–2025 ergriffen hat, insbesondere gezielte Maßnahmen in Bezug auf Geschlecht, ethnische Herkunft, Behinderung, Alter und LGBTIQ+-Personen; ***stellt in diesem Zusammenhang fest, dass der EAD Themen zu Vielfalt und Inklusion in Schulungen aufgenommen, LGBTIQ+-Mitarbeitenden Informationen über die rechtlichen und kulturellen Gegebenheiten in den Entsendeländern zur Verfügung gestellt und seine Bemühungen um Vielfalt bei der Einstellung verstärkt hat;*** lobt ferner den EAD dafür, seinen Aktionsfahrplan für

eine Umfrage zu Fragen der Behinderung durchgeführt, Informationsblätter zur Barrierefreiheit für die Delegationen der Union erstellt, eine Bewertung der Barrierefreiheit seiner Website vorgenommen und 26 Mitarbeitern mit Kindern mit Behinderungen finanzielle Unterstützung für nichtmedizinische Kosten gewährt zu haben;	Menschen mit Behinderungen aktualisiert, eine Umfrage zu Fragen der Behinderung durchgeführt, Informationsblätter zur Barrierefreiheit für die Delegationen der Union erstellt, eine Bewertung der Barrierefreiheit seiner Website vorgenommen und 26 Mitarbeitern mit Kindern mit Behinderungen finanzielle Unterstützung für nichtmedizinische Kosten gewährt zu haben; ***fordert den EAD auf, Bedienstete mit und ohne Führungsaufgaben weiterhin regelmäßig in Fragen der Vielfalt, Chancengleichheit, Inklusion und Zugehörigkeit zu schulen;***

Or. en

Änderungsantrag 76
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. stellt anhand des Fragebogens fest, dass gemäß der vom Ärztlichen Dienst der Kommission angewandten Definition sich eine längerfristige Arbeitsunfähigkeit auf eine Abwesenheit von mehr als 20 aufeinanderfolgenden Tagen bezieht; stellt fest, dass im Jahr 2023 323 Mitarbeiter wegen einer Erkrankung längerfristig arbeitsunfähig waren, mit einer durchschnittlichen Dauer von 83 Tagen, während diese Zahl im Jahr 2024 auf 338 Mitarbeiter anstieg, bei einer auf 77 Tage reduzierten durchschnittlichen Dauer; stellt ferner fest, dass zwar die genaue Zahl der Burnout-Fälle nicht bekannt ist, im Jahr 2024 jedoch ein erheblicher Anteil der Krankheitszeiten mit psychischen Gesundheitsproblemen wie Depressionen und Burnout zusammenhing; begrüßt die Initiative der Kommission zur Ausarbeitung einer Strategie für	45. stellt anhand des Fragebogens fest, dass gemäß der vom Ärztlichen Dienst der Kommission angewandten Definition sich eine längerfristige Arbeitsunfähigkeit auf eine Abwesenheit von mehr als 20 aufeinanderfolgenden Tagen bezieht; stellt fest, dass im Jahr 2023 323 Mitarbeiter wegen einer Erkrankung längerfristig arbeitsunfähig waren, mit einer durchschnittlichen Dauer von 83 Tagen, während diese Zahl im Jahr 2024 auf 338 Mitarbeiter anstieg, bei einer auf 77 Tage reduzierten durchschnittlichen Dauer; stellt ferner fest, dass zwar die genaue Zahl der Burnout-Fälle nicht bekannt ist, im Jahr 2024 jedoch ein erheblicher Anteil der Krankheitszeiten mit psychischen Gesundheitsproblemen wie Depressionen und Burnout zusammenhing; begrüßt die Initiative der Kommission zur Ausarbeitung einer Strategie für

psychische Gesundheit, um einen strukturierten und nachhaltigen Rahmen zur Bewältigung psychischer Herausforderungen am Arbeitsplatz zu schaffen, einschließlich der Prävention von Burnout und der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess; ermutigt den EAD, ebenfalls einen formellen Mechanismus zur Bewertung der Arbeitsbelastung einzurichten;	psychische Gesundheit, um einen strukturierten und nachhaltigen Rahmen zur Bewältigung psychischer Herausforderungen am Arbeitsplatz zu schaffen, einschließlich der Prävention von Burnout und der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess; ermutigt den EAD, ebenfalls einen formellen Mechanismus zur Bewertung der Arbeitsbelastung einzurichten; ***fordert den EAD auf, eine regelmäßige Bewertung der Arbeitsbelastung und des Personalbedarfs für die Delegationen einzuführen, die dem Risikoniveau und der Ausweitung des Mandats Rechnung trägt, um Burnouts zu verhindern und die Mitarbeiterbindung zu verbessern;***

Or. en

Änderungsantrag 77
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. stellt mit Besorgnis fest, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) im Jahr 2025 eine Untersuchung wegen des Verdachts auf Betrug im Zusammenhang mit öffentlichen Beschaffungen, Korruption, Interessenkonflikte und Verletzung des Berufsgeheimnisses eingeleitet hat, bei der starke Verdachtsmomente für Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht im Zusammenhang mit der Vergabe eines Ausschreibungsverfahrens durch den EAD an das College of Europe im Zeitraum 2021–2022 bestehen, betreffend ein neunmonatiges Ausbildungsprogramm im Rahmen der Umsetzung eines Pilotprojekts zur Schaffung der EUDA; stellt fest, dass sich die Untersuchung darauf konzentriert, ob das College of Europe und/oder dessen Vertreter im Voraus über die	47. stellt mit Besorgnis fest, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) im Jahr 2025 eine Untersuchung wegen des Verdachts auf Betrug im Zusammenhang mit öffentlichen Beschaffungen, Korruption, Interessenkonflikte und Verletzung des Berufsgeheimnisses eingeleitet hat, bei der starke Verdachtsmomente für Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht im Zusammenhang mit der Vergabe eines Ausschreibungsverfahrens durch den EAD an das College of Europe im Zeitraum 2021–2022 bestehen, betreffend ein neunmonatiges Ausbildungsprogramm im Rahmen der Umsetzung eines Pilotprojekts zur Schaffung der EUDA; stellt fest, dass sich die Untersuchung darauf konzentriert, ob das College of Europe und/oder dessen Vertreter im Voraus über die

Auswahlkriterien des Vergabeverfahrens informiert waren und hinreichenden Anlass zu der Annahme hatten, dass ihnen die Durchführung des Projekts übertragen würde, noch bevor der EAD die Bekanntmachung offiziell veröffentlichte; stellt ferner fest, dass nach Durchsuchungen beim EAD und beim College of Europe die belgische Polizei im Dezember 2025 drei Verdächtige festnahm und anschließend wieder freiließ, nämlich eine ehemalige Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin, derzeit Rektorin des College of Europe und Direktorin der EUDA, den derzeitigen Generaldirektor der Generaldirektion Naher Osten, Nordafrika und Golf der Kommission sowie einen ehemaligen Generalsekretär des EAD; fordert, dass jeder Betrugsverdacht ordnungsgemäß untersucht wird, unter uneingeschränkter Zusammenarbeit des EAD, und verlangt vom EAD, seinen Rahmen zur Betrugsbekämpfung zu verstärken, um belastbare Garantien dafür zu schaffen, dass sich derartige Fälle künftig nicht wiederholen; fordert, dass die Entlastungsbehörde über die weiteren Entwicklungen unterrichtet wird;

Auswahlkriterien des Vergabeverfahrens informiert waren und hinreichenden Anlass zu der Annahme hatten, dass ihnen die Durchführung des Projekts übertragen würde, noch bevor der EAD die Bekanntmachung offiziell veröffentlichte; stellt ferner fest, dass nach Durchsuchungen beim EAD und beim College of Europe die belgische Polizei im Dezember 2025 drei Verdächtige festnahm und anschließend wieder freiließ, nämlich eine ehemalige Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin, derzeit Rektorin des College of Europe und Direktorin der EUDA, den derzeitigen Generaldirektor der Generaldirektion Naher Osten, Nordafrika und Golf der Kommission sowie einen ehemaligen Generalsekretär des EAD; ***stellt mit Besorgnis fest, dass die Rektorin des College of Europe und Direktorin der EUDA im Zusammenhang mit den laufenden Ermittlungen hinsichtlich Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe und bei der Diplomatischen Akademie der EU zurückgetreten ist; betont, dass vor Abschluss des Gerichtsverfahrens keine Schlussfolgerungen gezogen werden sollten; hebt hervor, dass weiterhin eine wachsame parlamentarische Kontrolle erfolgen muss, um die Integrität des Beschaffungswesens, die Einhaltung ethischer Standards und den Schutz der Ressourcen und des Ansehens der EU sicherzustellen;*** fordert, dass jeder Betrugsverdacht ordnungsgemäß untersucht wird, unter uneingeschränkter Zusammenarbeit des EAD, und verlangt vom EAD, seinen Rahmen zur Betrugsbekämpfung zu verstärken, um belastbare Garantien dafür zu schaffen, dass sich derartige Fälle künftig nicht wiederholen; fordert, dass die Entlastungsbehörde über die weiteren Entwicklungen unterrichtet wird;

Or. en

Änderungsantrag 78
Ondřej Knotek, Virginie Joron, Julien Sanchez, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. stellt mit Besorgnis fest, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) im Jahr 2025 eine Untersuchung wegen des Verdachts auf Betrug im Zusammenhang mit öffentlichen Beschaffungen, Korruption, Interessenkonflikte und Verletzung des Berufsgeheimnisses eingeleitet hat, bei der starke Verdachtsmomente für Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht im Zusammenhang mit der Vergabe eines Ausschreibungsverfahrens durch den EAD an das College of Europe im Zeitraum 2021–2022 bestehen, betreffend ein neunmonatiges Ausbildungsprogramm im Rahmen der Umsetzung eines Pilotprojekts zur Schaffung der EUDA; stellt fest, dass sich die Untersuchung darauf konzentriert, ob das College of Europe und/oder dessen Vertreter im Voraus über die Auswahlkriterien des Vergabeverfahrens informiert waren und hinreichenden Anlass zu der Annahme hatten, dass ihnen die Durchführung des Projekts übertragen würde, noch bevor der EAD die Bekanntmachung offiziell veröffentlichte; stellt ferner fest, dass nach Durchsuchungen beim EAD und beim College of Europe die belgische Polizei im Dezember 2025 drei Verdächtige festnahm und anschließend wieder freiließ, nämlich eine ehemalige Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin, derzeit Rektorin des College of Europe und Direktorin der EUDA, den derzeitigen Generaldirektor der Generaldirektion Naher Osten, Nordafrika und Golf der Kommission sowie einen ehemaligen Generalsekretär des EAD; fordert, dass jeder Betrugsverdacht ordnungsgemäß untersucht wird, unter uneingeschränkter Zusammenarbeit des EAD, und verlangt vom EAD, seinen	47. stellt mit Besorgnis fest, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) im Jahr 2025 eine Untersuchung wegen des Verdachts auf Betrug im Zusammenhang mit öffentlichen Beschaffungen, Korruption, Interessenkonflikte und Verletzung des Berufsgeheimnisses eingeleitet hat, bei der starke Verdachtsmomente für Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht im Zusammenhang mit der Vergabe eines Ausschreibungsverfahrens durch den EAD an das College of Europe im Zeitraum 2021–2022 bestehen, betreffend ein neunmonatiges Ausbildungsprogramm im Rahmen der Umsetzung eines Pilotprojekts zur Schaffung der EUDA; stellt fest, dass sich die Untersuchung darauf konzentriert, ob das College of Europe und/oder dessen Vertreter im Voraus über die Auswahlkriterien des Vergabeverfahrens informiert waren und hinreichenden Anlass zu der Annahme hatten, dass ihnen die Durchführung des Projekts übertragen würde, noch bevor der EAD die Bekanntmachung offiziell veröffentlichte; stellt ferner fest, dass nach Durchsuchungen beim EAD und beim College of Europe die belgische Polizei im Dezember 2025 drei Verdächtige festnahm und anschließend wieder freiließ, nämlich eine ehemalige Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin, derzeit Rektorin des College of Europe und Direktorin der EUDA, den derzeitigen Generaldirektor der Generaldirektion Naher Osten, Nordafrika und Golf der Kommission sowie einen ehemaligen Generalsekretär des EAD; ***betont, dass dieser Fall einen schwerwiegenden Skandal darstellt, der die Glaubwürdigkeit des auswärtigen Handelns und der Haushaltsführung der***

Rahmen zur Betrugsbekämpfung zu verstärken, um belastbare Garantien dafür zu schaffen, dass sich derartige Fälle künftig nicht wiederholen; fordert, dass die Entlastungsbehörde über die weiteren Entwicklungen unterrichtet wird;

Union beeinträchtigt; fordert, dass jeder Betrugsverdacht ordnungsgemäß untersucht wird, unter uneingeschränkter Zusammenarbeit des EAD, und verlangt vom EAD, seinen Rahmen zur Betrugsbekämpfung zu verstärken, um belastbare Garantien dafür zu schaffen, dass sich derartige Fälle künftig nicht wiederholen; fordert, dass die Entlastungsbehörde über die weiteren Entwicklungen unterrichtet wird;

Or. en

Änderungsantrag 79
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. stellt mit Besorgnis fest, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) im Jahr 2025 eine Untersuchung wegen des Verdachts auf Betrug im Zusammenhang mit öffentlichen Beschaffungen, Korruption, Interessenkonflikte und Verletzung des Berufsgeheimnisses eingeleitet hat, bei der starke Verdachtsmomente für Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht im Zusammenhang mit der Vergabe eines Ausschreibungsverfahrens durch den EAD an das College of Europe im Zeitraum 2021–2022 bestehen, betreffend ein neunmonatiges Ausbildungsprogramm im Rahmen der Umsetzung eines Pilotprojekts zur Schaffung der EUDA; stellt fest, dass sich die Untersuchung darauf konzentriert, ob das College of Europe und/oder dessen Vertreter im Voraus über die Auswahlkriterien des Vergabeverfahrens informiert waren und hinreichenden Anlass zu der Annahme hatten, dass ihnen die Durchführung des Projekts übertragen würde, noch bevor der EAD die Bekanntmachung offiziell veröffentlichte;	47. stellt mit Besorgnis fest, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) im Jahr 2025 eine Untersuchung wegen des Verdachts auf Betrug im Zusammenhang mit öffentlichen Beschaffungen, Korruption, Interessenkonflikte und Verletzung des Berufsgeheimnisses eingeleitet hat, bei der starke Verdachtsmomente für Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht im Zusammenhang mit der Vergabe eines Ausschreibungsverfahrens durch den EAD an das College of Europe im Zeitraum 2021–2022 bestehen, betreffend ein neunmonatiges Ausbildungsprogramm im Rahmen der Umsetzung eines Pilotprojekts zur Schaffung der EUDA; stellt fest, dass sich die Untersuchung darauf konzentriert, ob das College of Europe und/oder dessen Vertreter im Voraus über die Auswahlkriterien des Vergabeverfahrens informiert waren und hinreichenden Anlass zu der Annahme hatten, dass ihnen die Durchführung des Projekts übertragen würde, noch bevor der EAD die Bekanntmachung offiziell veröffentlichte;

stellt ferner fest, dass nach Durchsuchungen beim EAD und beim College of Europe die belgische Polizei im Dezember 2025 drei Verdächtige festnahm und anschließend wieder freiließ, nämlich eine ehemalige Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin, derzeit Rektorin des College of Europe und Direktorin der EUDA, den derzeitigen Generaldirektor der Generaldirektion Naher Osten, Nordafrika und Golf der Kommission sowie einen ehemaligen Generalsekretär des EAD; fordert, dass jeder Betrugsverdacht ordnungsgemäß untersucht wird, unter uneingeschränkter Zusammenarbeit des EAD, und verlangt vom EAD, seinen Rahmen zur Betrugsbekämpfung ***zu verstärken***, um belastbare Garantien dafür zu schaffen, dass sich derartige Fälle künftig nicht wiederholen; fordert, dass die Entlastungsbehörde über die weiteren Entwicklungen unterrichtet wird;	stellt ferner fest, dass nach Durchsuchungen beim EAD und beim College of Europe die belgische Polizei im Dezember 2025 drei Verdächtige festnahm und anschließend wieder freiließ, nämlich eine ehemalige Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin, derzeit Rektorin des College of Europe und Direktorin der EUDA, den derzeitigen Generaldirektor der Generaldirektion Naher Osten, Nordafrika und Golf der Kommission sowie einen ehemaligen Generalsekretär des EAD; fordert, dass jeder Betrugsverdacht ordnungsgemäß untersucht wird, unter uneingeschränkter Zusammenarbeit des EAD, und verlangt vom EAD, seinen ***Governance- und Ethikrahmen zu stärken, unter anderem durch einen gestärkten*** Rahmen zur Betrugsbekämpfung ***und strengere Regelungen zur Verhinderung des „Drehtür-Effekts“,*** um belastbare Garantien dafür zu schaffen, dass sich derartige Fälle künftig nicht wiederholen; fordert, dass die Entlastungsbehörde über die weiteren Entwicklungen unterrichtet wird;

Or. en

Änderungsantrag 80
Joachim Stanisław Brudziński, Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, das derzeit Ermittlungen wegen des Verdachts laufen, dass die vom Europäischen Auswärtigen Dienst im Zeitraum 2021-2022 durchgeführte öffentliche Ausschreibung zur Vergabe des Auftrags zur Ausrichtung der Diplomatischen Akademie der EU an eine Hochschule möglicherweise zugunsten

des College of Europe manipuliert wurde;

Or. en

Änderungsantrag 81
Joachim Stanisław Brudziński, Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 47 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47b. stellt fest, dass durch eine solche Situation das Vertrauen in die Organe und Einrichtungen der EU untergraben werden könnte, da Vorwürfe wegen Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu Zweifeln hinsichtlich der Transparenz, der Fairness und der Gleichbehandlung der Bewerber führen können;

Or. en

Änderungsantrag 82
Joachim Stanisław Brudziński, Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 47 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47c. weist darauf hin, dass – selbst wenn keine entsprechenden Beweise vorliegen – Ermittlungen dieser Art die Glaubwürdigkeit der EU-Governance beeinträchtigen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die ordnungsgemäße Verwendung von EU-Mitteln schwächen können;

Or. en

Änderungsantrag 83

Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 47 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47e. ist der Ansicht, dass die Ermittlungen der EUStA eine Gelegenheit bieten sollten, die interne Governance des EAD zu verbessern, und nicht dazu genutzt werden sollten, die Rolle der EUDA zu untergraben, deren Mehrwert uneingeschränkt zu würdigen ist, insbesondere angesichts der durchweg positiven Rückmeldungen der Teilnehmer und Mitgliedstaaten;

Or. en

Änderungsantrag 84
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. ist der Ansicht, dass der durch das jüngste Strafverfahren und die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem EAD aufgedeckte Fall bewiesen hat, dass die finanziellen Interessen der Europäischen Union beim Europäischen Auswärtigen Dienst nicht ausreichend geschützt waren; empfiehlt daher, die Entscheidung über die Entlastung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik für das Haushaltsjahr 2024 zurückzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 85
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. entnimmt den Folgefragen, dass Fakten im Zusammenhang mit den Ermittlungen der EUStA strengen Vertraulichkeitsvorschriften unterliegen und im Rahmen des Entlastungsverfahrens nicht offengelegt werden können, begrüßt jedoch, dass sich der EAD verpflichtet hat, die einschlägigen Dokumente nach Abschluss der gerichtlichen Ermittlungen zur Verfügung zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 86
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 47 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47c. stellt fest, dass das College of Europe gemäß der Finanzhilfevereinbarung, mit der die EUDA dem College of Europe übertragen wurde, verpflichtet ist, zusammen mit seinem Abschlussbericht einen von einem externen Wirtschaftsprüfer erstellten Ausgabenprüfungsbericht vorzulegen, und dass dieser in Kürze für das Jahr 2024 zu präsentieren ist; fordert den EAD auf, diese Bewertung der Entlastungsbehörde vorzulegen, damit für Rechenschaftspflicht und Transparenz gesorgt ist;

Or. en

Änderungsantrag 87
Dick Erixon, Şerban Dimitrie Sturdza, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 47 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47b. fordert den EAD auf, dem Parlament detaillierte Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen des Internen Auditdienstes im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe vorzulegen; fordert den EAD auf, die Ergebnisse und Empfehlungen der 2024 eingesetzten Taskforce zur Stärkung der Vergabeverfahren zu veröffentlichen, damit deren Umsetzung öffentlich überprüft werden kann und andere Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU von den Erkenntnissen des EAD bei der Verbesserung der Vergabeverfahren profitieren können;

Or. en

Änderungsantrag 88
Dick Erixon, Şerban Dimitrie Sturdza, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. fordert den EAD auf, alle bisherigen und laufenden Vergabeverfahren und Verträge mit dem College of Europe, insbesondere diejenigen im Zusammenhang mit der aus dem Unionshaushalt finanzierten Diplomatischen Akademie der EU, einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen; fordert den EAD nachdrücklich auf, die Vorschriften zu Interessenkonflikten und die vorgeschriebenen Karenzzeiten für Beamte, die zu Einrichtungen wechseln, die Verträge mit dem EAD haben, strikt durchzusetzen und sicherzustellen, dass solche Wechsel die Integrität der öffentlichen Vergabeverfahren nicht

beeinträchtigen;

Or. en

Änderungsantrag 89
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. fordert den EAD auf, unbeschadet laufender Untersuchungen systematische Lehren aus diesem Fall zu ziehen, unter anderem durch eine Überprüfung der Governance im Beschaffungswesen, der Vermeidung von Interessenkonflikten und der internen Kontrollen für Ausbildungspartnerschaften und Partnerschaften im akademischen Bereich, und die Entlastungsbehörde entsprechend zu informieren;

Or. en

Änderungsantrag 90
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 47 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47b. nimmt zur Kenntnis, dass der EAD Ende Dezember 2025 den Prozess zur Überprüfung im Zusammenhang mit dem Beschluss des Rates zur Errichtung der EUDA eingeleitet hat, indem er eine unabhängige externe Bewertung der Diplomatischen Akademie der EU und der Leistung des College of Europe bei der Durchführung der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der EUDA in Auftrag gegeben hat; erwartet, dass diese

Bewertung angesichts der festgestellten Mängel gründlich ist und der Entlastungsbehörde zur Verfügung gestellt wird;

Or. en

Änderungsantrag 91
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 47 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47d. nimmt den Beschluss des Lenkungsausschusses der EUDA vom 18. Dezember 2025 zur Kenntnis, mit dem das College of Europe aufgefordert wird, ein transparentes und wettbewerbsorientiertes Einstellungsverfahren auf der Grundlage der Veröffentlichung einer Stellenausschreibung für die Ernennung eines neuen Direktors der EUDA sicherzustellen; begrüßt, dass der Ausschuss ferner gefordert hat, die Funktion des Direktors der EUDA von der des Rektors des College of Europe zu trennen; fordert den Lenkungsausschuss auf, diese Trennung für künftige Ernennungen rechtlich bindend festzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 92
Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 47 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47d. betont, dass dringend robuste Schutzvorkehrungen, klare Verfahren

	und eine wirksame Aufsicht erforderlich sind, um die höchsten Integritätsstandards auf EU-Ebene zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 93
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. bekräftigt, dass Transparenz und wirtschaftliche Haushaltsführung bei der Verwendung öffentlicher Mittel der EU ein Grundprinzip für alle Organe und Einrichtungen der EU, einschließlich des EAD, bleiben müssen und dass dieser Grundsatz ein Eckpfeiler für die Wahrung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in das auswärtige Handeln der Union ist;

Or. en

Änderungsantrag 94
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
49. stellt anhand des Fragebogens fest, dass der EAD im Jahr 2024 zwei Meldungen von Hinweisgebern registrierte; stellt fest, dass beide Fälle vom OLAF geprüft und ohne Empfehlungen abgeschlossen wurden, entweder nach einer Untersuchung oder bereits in der Auswahlphase; stellt mit Zufriedenheit anhand des EAD-Berichts 2024 fest, dass	49. stellt anhand des Fragebogens fest, dass der EAD im Jahr 2024 zwei Meldungen von Hinweisgebern registrierte; stellt fest, dass beide Fälle vom OLAF geprüft und ohne Empfehlungen abgeschlossen wurden, entweder nach einer Untersuchung oder bereits in der Auswahlphase; stellt mit Zufriedenheit anhand des EAD-Berichts 2024 fest, dass

der EAD mit der Ausarbeitung einer eigenen Strategie zur Meldung von Missständen begonnen hat; fordert, dass das Parlament über die in dieser Angelegenheit erzielten Fortschritte laufend informiert wird;	der EAD mit der Ausarbeitung einer eigenen Strategie zur Meldung von Missständen begonnen hat; fordert, dass das Parlament über die in dieser Angelegenheit erzielten Fortschritte laufend informiert wird; ***besteht darauf, dass der Rahmen des EAD für Hinweisgeber Wege für vertrauliche Meldungen, den Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen für alle Kategorien von Mitarbeitern, einschließlich Ortskräften, und eine jährliche anonymisierte Berichterstattung über die Fälle und Ergebnisse umfassen muss;***

Or. en

Änderungsantrag 95
Mariusz Kamiński, Joachim Stanisław Brudziński

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	52a. bedauert, dass der EAD es versäumt hat, die Umsetzung von Kooperationsabkommen mit Drittländern ordnungsgemäß zu überprüfen, einschließlich der Bewertung der Einhaltung ihrer Bedingungen und Menschenrechtsklauseln; betont, dass dieses Scheitern insbesondere im Fall des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit (PDCA) mit Kuba deutlich wird, das zehn Jahre nach seiner Unterzeichnung in allen Bereichen gescheitert ist, von der Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Inhaftierung von mehr als tausend politischen Gefangenen zum Ende des Jahres 2025, bis hin zu den schädlichen Auswirkungen Havannas auf die europäische Sicherheit, einschließlich der engen politischen und militärischen Zusammenarbeit mit den Regimes in Moskau und Minsk, was sich

	insbesondere daran zeigt, dass Kubaner mittlerweile die größte Gruppe von Söldnern ausmachen, die russische Streitkräfte bei ihrer Aggression gegen die Ukraine unterstützen, und dass sie an Sabotageakten auf EU-Gebiet beteiligt sind, wie sich kürzlich in Litauen gezeigt hat; stellt fest, dass trotz eklatanter Verstöße gegen zahlreiche Bestimmungen des Abkommens weder die Aussetzungs- noch die Kündigungsklauseln aktiviert wurden, während die finanziellen Mittel der EU weiterhin nach Kuba fließen, wo das kommunistische Regime die gesamte Wirtschaft kontrolliert, diese Mittel missbraucht und politische Legitimität aus der laufenden Zusammenarbeit im Rahmen des PDCA herleitet; ist der Ansicht, dass solche Regime nicht länger von einer privilegierten Zusammenarbeit mit der Europäischen Union profitieren dürfen und dass die Gelder der EU-Steuerzahler nicht für solche Regime verwendet werden dürfen; fordert daher die Aktivierung von Artikel 86 des Abkommens und seine Beendigung; fordert den Europäischen Rechnungshof auf, dringend alle Unterstützungen seitens der EU zu prüfen, die Kuba seit 2016 gewährt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 96
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. stellt fest, dass die Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin in ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin der Kommission an die Vorschriften des Transparenzregisters gebunden ist; betont, dass der EAD zwar kein Organ im Sinne	53. stellt fest, dass die Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin in ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin der Kommission an die Vorschriften des Transparenzregisters gebunden ist; betont, dass der EAD zwar kein Organ im Sinne

von Artikel 13 des Vertrags über die Europäische Union und nicht unmittelbar an der Gesetzgebung der Union beteiligt ist, dass ihm jedoch eine wichtige Rolle in der Gesetzgebung der Union im Zusammenhang mit Entscheidungen über Sanktionen und die Aushandlung internationaler Handelsabkommen, die eine erhebliche regulatorische Wirkung haben, zukommt; ***stellt fest, dass der*** EAD ***unbedingt*** Maßnahmen zur Stärkung der Transparenz ergreifen ***und diese dem Verwaltungsrat*** des Transparenz-Registers ***übermitteln sollte***; stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts fest, dass die Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin eine breiter angelegte Diskussion zur Behandlung dieser Frage in der externen Dimension angestoßen hat, wobei Empfehlungen bis Ende 2025 erwartet werden; fordert den EAD auf, das Parlament über die in dieser Angelegenheit erzielten Fortschritte laufend zu informieren;

von Artikel 13 des Vertrags über die Europäische Union und nicht unmittelbar an der Gesetzgebung der Union beteiligt ist, dass ihm jedoch eine wichtige Rolle in der Gesetzgebung der Union im Zusammenhang mit Entscheidungen über Sanktionen und die Aushandlung internationaler Handelsabkommen, die eine erhebliche regulatorische Wirkung haben, zukommt; ***fordert den*** EAD ***auf, interne*** Maßnahmen zur Stärkung der Transparenz ***zu*** ergreifen***, die den Standards*** des Transparenz-Registers ***entsprechen, einschließlich der proaktiven Veröffentlichung von hochrangigen Treffen der zuständigen Führungskräfte, sofern dies die sicherheitsrelevante Diplomatie des EAD nicht beeinträchtigt***; stellt mit Zufriedenheit anhand des Folgeberichts fest, dass die Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin eine breiter angelegte Diskussion zur Behandlung dieser Frage in der externen Dimension angestoßen hat, wobei Empfehlungen bis Ende 2025 erwartet werden; fordert den EAD auf, das Parlament über die in dieser Angelegenheit erzielten Fortschritte laufend zu informieren;

Or. en

Änderungsantrag 97
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 53 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	53a. verweist auf den Vertrag über die Europäische Union, wonach die Union sowie ihre Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen

einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt, achten müssen;

Or. en

Änderungsantrag 98
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. stellt fest, dass die Mitglieder des CONT-Ausschusses während der Anhörung Bedenken dahingehend geäußert haben, dass die Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin zur Kommunikation mit den Außenministern der Mitgliedstaaten einen Signal-Chat nutzt; stellt fest, dass solche Bedenken mit einem Mangel an Transparenz sowie mit den Risiken möglicher Spionagetätigkeiten begründet wurden; stellt anhand der Antworten des EAD auf den zweiten Fragebogen fest, dass der betreffende Signal-Chat ausschließlich den Außenministern der Mitgliedstaaten offensteht, ausschließlich für informellen Austausch, zur Koordinierung von Sitzungen oder zum Austausch von Informationen genutzt wird und niemals als Entscheidungsinstrument dient, während inhaltliche Diskussionen und die Formulierung politischer Positionen innerhalb der einschlägigen Strukturen des Rates stattfinden;	54. stellt fest, dass die Mitglieder des CONT-Ausschusses während der Anhörung Bedenken dahingehend geäußert haben, dass die Vizepräsidentin/Hohe Vertreterin zur Kommunikation mit den Außenministern der Mitgliedstaaten einen Signal-Chat nutzt; stellt fest, dass solche Bedenken mit einem Mangel an Transparenz sowie mit den Risiken möglicher Spionagetätigkeiten begründet wurden; stellt anhand der Antworten des EAD auf den zweiten Fragebogen fest, dass der betreffende Signal-Chat ausschließlich den Außenministern der Mitgliedstaaten offensteht, ausschließlich für informellen Austausch, zur Koordinierung von Sitzungen oder zum Austausch von Informationen genutzt wird und niemals als Entscheidungsinstrument dient, während inhaltliche Diskussionen und die Formulierung politischer Positionen innerhalb der einschlägigen Strukturen des Rates stattfinden; ***weist darauf hin, dass selbst informelle digitale Kommunikationsmittel, die auf politischer Ebene eingesetzt werden, mit klaren Leitlinien zu Cybersicherheit, Dokumentation und institutionellem Gedächtnis einhergehen sollten, um die Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität der Entscheidungsfindung der Union sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 99
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54a. fordert den EAD auf, Lehren und Schlussfolgerungen für seine eigenen internen Regelungen und Verfahren zu ziehen und dabei die im September 2023 erfolgte Überarbeitung der Geschäftsordnung und des Verhaltenskodex zu berücksichtigen; ist jedoch der Auffassung, dass der EAD weitere und strengere Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung und zum umfassenden Schutz der finanziellen Interessen der EU ergreifen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 100
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 56 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	56a. betont, dass der Einsatz von Instrumenten der künstlichen Intelligenz im auswärtigen Handeln mit strengen Garantien in Bezug auf Datenschutz, Grundrechte, Transparenz und menschliche Aufsicht einhergehen muss, auch in den Delegationen der Union und in der Zusammenarbeit mit Partnern aus Drittländern; fordert eine regelmäßige Berichterstattung an das Parlament über die Umsetzung der Strategie des EAD für künstliche Intelligenz;

Or. en

Änderungsantrag 101
Vlad Vasile-Voiculescu, Olivier Chastel, Gerben-Jan Gerbrandy, Gilles Boyer, Michal Wiezik

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. lobt den EAD für seine Maßnahmen zur Stärkung der Abwehrbereitschaft im Bereich der Cybersicherheit, insbesondere durch regelmäßige Sicherheitsbriefings für einen breiten Kreis von Mitarbeitern und verbundenen Personen sowie durch auf Anfrage verschiedener Nutzergruppen organisierte Schulungen, unter anderem für regionale Sicherheitsbeauftragte und Sicherheitskoordinatoren der Delegationen der Union, sowie durch Phishing-Übungen; ***sieht der Einführung*** einer verpflichtenden Cybersicherheitsschulung für alle beim EAD Beschäftigten ***erwartungsvoll entgegen***; stellt mit Zufriedenheit anhand des Fragebogens fest, dass der EAD über Instrumente – wie das Sicherheitseinsatzzentrum des EAD – verfügt, mit denen Cyberbedrohungen überwacht und Sicherheitslücken in Echtzeit identifiziert werden können;	57. lobt den EAD für seine Maßnahmen zur Stärkung der Abwehrbereitschaft im Bereich der Cybersicherheit, insbesondere durch regelmäßige Sicherheitsbriefings für einen breiten Kreis von Mitarbeitern und verbundenen Personen sowie durch auf Anfrage verschiedener Nutzergruppen organisierte Schulungen, unter anderem für regionale Sicherheitsbeauftragte und Sicherheitskoordinatoren der Delegationen der Union, sowie durch Phishing-Übungen; ***fordert den EAD zur Durchführung*** einer ***regelmäßigen*** verpflichtenden Cybersicherheitsschulung für alle beim EAD Beschäftigten ***auf***; stellt mit Zufriedenheit anhand des Fragebogens fest, dass der EAD über Instrumente – wie das Sicherheitseinsatzzentrum des EAD – verfügt, mit denen Cyberbedrohungen überwacht und Sicherheitslücken in Echtzeit identifiziert werden können;

Or. en

Änderungsantrag 102
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. lobt den EAD für die digitalen Instrumente und Systeme, die er zur	58. lobt den EAD für die digitalen Instrumente und Systeme, die er zur

Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland einsetzt, wie etwa das Informationsaustausch- und -analysezentrum für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland oder das Schnellwarnsystem; stellt ferner anhand des Fragebogens fest, dass ein E-Learning-Kurs zur Bekämpfung von Desinformation eingeführt wurde, der allen Organen der Union zugänglich ist, sowie dass ein Handbuch der GSVP zur Desinformation fertiggestellt wurde, das zur Unterstützung des Personals im Einsatz in militärischen und zivilen Missionen der Union dient; ***stellt*** die fortlaufende Entwicklung der Sensibilisierungsinitiative EUvsDisinfo ***fest***;	Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland einsetzt, wie etwa das Informationsaustausch- und -analysezentrum für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland oder das Schnellwarnsystem; stellt ferner anhand des Fragebogens fest, dass ein E-Learning-Kurs zur Bekämpfung von Desinformation eingeführt wurde, der allen Organen der Union zugänglich ist, sowie dass ein Handbuch der GSVP zur Desinformation fertiggestellt wurde, das zur Unterstützung des Personals im Einsatz in militärischen und zivilen Missionen der Union dient; ***begrüßt*** die fortlaufende Entwicklung der Sensibilisierungsinitiative EUvsDisinfo ***und betont, dass eine weitere Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten wichtig ist, um hybride Bedrohungen vor Ort effizienter bekämpfen zu können***;

Or. en

Änderungsantrag 103
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. stellt anhand des Fragebogens und des EAD-Berichts 2024 fest, dass der EAD etwa 27 000 Warnmeldungen festgestellt hat, von denen 348 einer weitergehenden Untersuchung bedurften; stellt fest, dass 57 dieser Fälle als ***Angriffe*** bestätigt wurden und fünf davon erhebliche Auswirkungen auf die Tätigkeiten des EAD hatten; stellt mit Zufriedenheit fest, dass der EAD die Taktiken, Techniken und Verfahren der Angreifer ermittelt und diese Analyse genutzt hat, um seine Gegenmaßnahmen zu verstärken; ersucht um Klarstellung hinsichtlich des	59. stellt anhand des Fragebogens und des EAD-Berichts 2024 fest, dass der EAD etwa 27 000 Warnmeldungen festgestellt hat, von denen 348 einer weitergehenden Untersuchung bedurften; stellt fest, dass 57 dieser Fälle als ***Cyberangriffe*** bestätigt wurden und fünf davon erhebliche Auswirkungen auf die Tätigkeiten des EAD hatten; stellt mit Zufriedenheit fest, dass der EAD die Taktiken, Techniken und Verfahren der Angreifer ermittelt und diese Analyse genutzt hat, um seine Gegenmaßnahmen zu verstärken; ersucht um Klarstellung hinsichtlich des

Ausmaßes, in dem diese Angriffe die Tätigkeiten des Organs beeinträchtigt haben;	Ausmaßes, in dem diese Angriffe die Tätigkeiten des Organs beeinträchtigt haben;

Or. en

Änderungsantrag 104
Ondřej Knotek, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 60 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	60a. stellt fest, dass der EAD weltweit fast 328 diplomatische Vertretungen und Büros unterhält und dass im Jahr 2024 mehr als 61 Mio. EUR für Gebäude und damit verbundene Kosten bereitgestellt wurden; bedauert, dass es kaum Fortschritte bei der angestrebten gemeinsamen Nutzung von Räumlichkeiten mit anderen Dienststellen der Union und den Mitgliedstaaten gibt; weist darauf hin, dass die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten ein bewährtes Instrument ist, um Ressourcen zu bündeln, die Betriebskosten zu senken und kurzfristig Haushaltseinsparungen zu erzielen und gleichzeitig die Koordinierung vor Ort zu stärken; fordert den EAD auf, die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten, wo immer möglich, systematischer zu betreiben;

Or. en

Änderungsantrag 105
Dick Erixon

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. stellt fest, dass der EAD sein	61. ***bedauert***, dass der EAD sein

Engagement für den Erhalt des Netzes von 145 Delegationen der Union ***sowie für die Stärkung des Grundsatzes „Eine Delegation“*** bekräftigt hat; ***stellt fest, dass die laufende Modernisierung darauf abzielt, die Effizienz zu steigern und das Netz an den Prioritäten der Union auszurichten, wobei zugleich Haushaltszwängen Rechnung zu tragen ist; betont, dass bis zu einer Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen strikte Einsparmaßnahmen, Erörterungen der Kostenaufteilung mit der Kommission sowie eine gezielte Stärkung zentraler Delegationen der Union fortgesetzt werden; bringt seine Besorgnis über den Plan zum Ausdruck, die Größe einiger Delegationen der Union zu verringern und Personal abzubauen, im Zuge einer Verlagerung des Schwerpunkts von der Entwicklungszusammenarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hin zu bestimmten strategischen Interessen, was offenbar zulasten der südlichen Nachbarschaft geht; fordert den EAD auf, seine zentrale Rolle und strategische Priorität im Mittelmeerraum auf der Grundlage einer umfassenden Bewertung der geopolitischen Herausforderungen der Union aufrechtzuerhalten;***	Engagement für den Erhalt des Netzes von 145 Delegationen der Union bekräftigt hat;

Or. en

Änderungsantrag 106
José Cepeda, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. ***stellt fest***, dass der EAD sein Engagement für den Erhalt des Netzes von 145 Delegationen der Union sowie für die Stärkung des Grundsatzes „Eine Delegation“ bekräftigt hat; stellt fest, dass die laufende Modernisierung darauf abzielt, die Effizienz zu steigern und das	61. ***begrüßt***, dass der EAD sein Engagement für den Erhalt des Netzes von 145 Delegationen der Union sowie für die Stärkung des Grundsatzes „Eine Delegation“ bekräftigt hat; stellt fest, dass die laufende Modernisierung darauf abzielt, die Effizienz zu steigern und das

Netz an den Prioritäten der Union auszurichten, wobei zugleich Haushaltszwängen Rechnung zu tragen ist; betont, dass bis zu einer Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen strikte Einsparmaßnahmen, Erörterungen der Kostenaufteilung mit der Kommission sowie eine gezielte Stärkung zentraler Delegationen der Union fortgesetzt werden; bringt seine Besorgnis über den Plan zum Ausdruck, die Größe einiger Delegationen der Union ***zu verringern*** und Personal ***abzubauen***, im Zuge einer Verlagerung des Schwerpunkts von der Entwicklungszusammenarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hin zu bestimmten strategischen Interessen, ***was offenbar zulasten der*** südlichen Nachbarschaft ***geht***; fordert den EAD auf, seine zentrale Rolle und strategische Priorität im Mittelmeerraum auf der Grundlage einer umfassenden Bewertung der geopolitischen Herausforderungen der Union aufrechtzuerhalten;	Netz an den Prioritäten der Union auszurichten, wobei zugleich Haushaltszwängen Rechnung zu tragen ist; betont, dass bis zu einer Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen strikte Einsparmaßnahmen, Erörterungen der Kostenaufteilung mit der Kommission sowie eine gezielte Stärkung zentraler Delegationen der Union fortgesetzt werden; bringt seine Besorgnis über den Plan zum Ausdruck, ***neue Unterscheidungen zwischen den Delegationen in Bezug auf Kategorien und Mittelausstattung einzuführen; bedauert, dass*** die ***Verringerung der*** Größe einiger Delegationen der Union und ***der Abbau von*** Personal **–** im Zuge einer Verlagerung des Schwerpunkts von der Entwicklungszusammenarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hin zu bestimmten strategischen Interessen **–** ***die Gefahr bergen, dass die operativen Tätigkeiten und die Präsenz der EU in Drittländern untergraben werden und die Fähigkeit des EAD, sein Mandat zu erfüllen und die Werte der Union zu verteidigen, beeinträchtigt wird, was sich insbesondere auf die Beziehungen der EU zum globalen Süden und zur*** südlichen Nachbarschaft ***auswirken würde***; fordert den EAD auf, seine zentrale Rolle und strategische Priorität im Mittelmeerraum auf der Grundlage einer umfassenden Bewertung der geopolitischen Herausforderungen der Union aufrechtzuerhalten;

Or. en

Änderungsantrag 107
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. stellt fest, dass der EAD sein	61. stellt fest, dass der EAD sein

Engagement für den Erhalt des Netzes von 145 Delegationen der Union sowie für die Stärkung des Grundsatzes „Eine Delegation“ bekräftigt hat; stellt fest, dass die laufende Modernisierung darauf abzielt, die Effizienz zu steigern und das Netz an den Prioritäten der Union auszurichten, wobei zugleich Haushaltszwängen Rechnung zu tragen ist; betont, dass bis zu einer Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen strikte Einsparmaßnahmen, Erörterungen der Kostenaufteilung mit der Kommission sowie eine gezielte Stärkung zentraler Delegationen der Union fortgesetzt werden; bringt seine Besorgnis über den Plan zum Ausdruck, die Größe einiger Delegationen der Union zu verringern und Personal abzubauen, im Zuge einer Verlagerung des Schwerpunkts von der Entwicklungszusammenarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hin zu bestimmten strategischen Interessen, was offenbar zulasten der südlichen Nachbarschaft geht; fordert den EAD auf, seine zentrale Rolle und strategische Priorität im Mittelmeerraum auf der Grundlage einer umfassenden Bewertung der geopolitischen Herausforderungen der Union aufrechtzuerhalten;	Engagement für den Erhalt des Netzes von 145 Delegationen der Union sowie für die Stärkung des Grundsatzes „Eine Delegation“ bekräftigt hat; stellt fest, dass die laufende Modernisierung darauf abzielt, die Effizienz zu steigern und das Netz an den Prioritäten der Union auszurichten, wobei zugleich Haushaltszwängen Rechnung zu tragen ist; betont, dass bis zu einer Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen strikte Einsparmaßnahmen, Erörterungen der Kostenaufteilung mit der Kommission sowie eine gezielte Stärkung zentraler Delegationen der Union fortgesetzt werden; bringt seine Besorgnis über den Plan zum Ausdruck, die Größe einiger Delegationen der Union zu verringern und Personal abzubauen, im Zuge einer Verlagerung des Schwerpunkts von der Entwicklungszusammenarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hin zu bestimmten strategischen Interessen, was offenbar zulasten der südlichen Nachbarschaft geht; fordert den EAD auf, seine zentrale Rolle und strategische Priorität im Mittelmeerraum auf der Grundlage einer umfassenden Bewertung der geopolitischen Herausforderungen der Union aufrechtzuerhalten; ***betont, dass der EAD eine intensive Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarländern aufrechterhalten muss, die wichtige strategische Partner für die Sicherheit, Stabilität und Resilienz der EU sind;***

Or. en

Änderungsantrag 108
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 62 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	62a. fordert den EAD auf, die Mechanismen für die praktische

Koordinierung mit den diplomatischen Vertretungen der Mitgliedstaaten in Drittländern zu stärken, unter anderem durch gemeinsame Dienste, gemeinsame logistische Einrichtungen und einen verbesserten Informationsaustausch, um maximale Effizienz zu erzielen und eine optimale Nutzung der Ressourcen der EU und der Mitgliedstaaten sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 109
Ondřej Knotek, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 73 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	73a. weist darauf hin, dass das auswärtige Handeln der Union und der Europäische Auswärtige Dienst im Einklang mit den Verträgen die diplomatischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützen, koordinieren und ergänzen sollen; betont, dass eine enge Zusammenarbeit wichtig ist, um Effizienzverluste zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 110
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 74

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
74. begrüßt, dass die Kommunikationsmaßnahmen des EAD über das Netzwerk der Kommunikationsmanager der EU, interinstitutionelle Plattformen mit dem Parlament und der Kommission sowie die	74. begrüßt, dass die Kommunikationsmaßnahmen des EAD über das Netzwerk der Kommunikationsmanager der EU, interinstitutionelle Plattformen mit dem Parlament und der Kommission sowie die

RELEX-Untergruppe für den Schutz des kulturellen Erbes und die ***internen*** kulturellen Beziehungen koordiniert und harmonisiert werden;	RELEX-Untergruppe für den Schutz des kulturellen Erbes und die ***internationalen*** kulturellen Beziehungen koordiniert und harmonisiert werden;

Or. en

Änderungsantrag 111
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 77

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
77. fordert, den Prozess der verstärkten Kommunikation mit Drittstaatsangehörigen über die Politik der Union fortzusetzen und die Bemühungen um Abstimmung zur Steigerung der Sichtbarkeit von durch die Union finanzierten Projekten, insbesondere in Bewerberländern, zu intensivieren, um Versuchen von böswillig handelnden Akteuren entgegenzuwirken, die Bemühungen der Union zu untergraben;	77. fordert, den Prozess der verstärkten Kommunikation mit Drittstaatsangehörigen über die Politik der Union fortzusetzen und die Bemühungen um Abstimmung zur Steigerung der Sichtbarkeit von durch die Union finanzierten Projekten, insbesondere in Bewerberländern, zu intensivieren, um Versuchen von böswillig handelnden Akteuren entgegenzuwirken, die Bemühungen der Union zu untergraben; ***wiederholt darüber hinaus seine Aufforderung an die Kommission, bei den Unterstützungsmaßnahmen und Investitionen der EU in Drittländern für eine umfassende Sichtbarkeit und Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu sorgen, indem diese Maßnahmen und Investitionen deutlich mit entsprechenden Hinweistafeln und mit der Flagge der EU versehen werden;***

Or. en

Änderungsantrag 112
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 78 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

78a. stellt fest, dass der EAD im Rahmen seiner Kampagne EUvsDisinfo über 38 Millionen Nutzer erreicht und mehr als 18 000 Fälle dokumentiert hat, was das Ausmaß und den systemischen Charakter kremlfreundlicher Desinformation im Jahr 2024 belegt;

Or. en